J.-J. Rousseaus Einfluß auf Robespierre.

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde

bei der Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig

eingereicht von

Richard Schatz
aus Dresden.

Borna-Leipzig
Buchdruckerei Robert Noske
1905.

Referenten: Herr Prof. Dr. Brandenburg,
Herr Geh. Hofrat Prof. Dr. Lamprecht.

Meinen lieben Eltern

in Dankbarkeit gewidmet.

Inhaltsverzeichnis.

Einleitung 1

Erster Teil.

Rousseaus Einfluß auf die politischen Anschauungen Robespierres . 3

Zweiter Teil.

Rousseaus Einfluß auf die sozialen Anschauungen Robespierres. . 31

1. Rousseaus Einfluß auf die sozial-ökonomischen Anschauungen Robespierres. 31

2. Rousseaus Einfluß auf die sozial-ethischen Anschauungen Robespierres. 50

Dritter Teil.

Rousseaus Einfluß auf die religiös-politischen Anschauungen Robespierres. 63

Schlußergebnis 80

Die Beurteilung, welche die französische Revolution und ihre geistigen Führer von historischer Seite gefunden haben, ist sehr verschieden ausgefallen. In der Darstellung Taines, der psychologisch die Erscheinungen der Revolution analysiert, bildet die Theorie den leitenden Gesichtspunkt. „Von allem Anfange an," sagt Taine,[1]) „hat sich zur Rechtfertigung jedes Gewaltausbruches der Völker eine Theorie gefunden, die aber nicht aus dem Stegreife und oberflächlich aufgestellt, sondern in die Anschauungen des Publikums tief eingedrungen ist." Nach dieser Auffassung sind die leitenden Männer der französischen Revolution lediglich Theoretiker, reine Doktrinäre, deren Gesichtskreis durch andauernde Beschäftigung mit abstrakten Formeln und Prinzipien derart beschränkt ist, daß sie mit den realen Verhältnissen nicht zu rechnen verstehen. Demgemäß erscheint das Haupt der Jakobiner, Robespierre, in Taines Beleuchtung als fanatischer Anhänger der Rousseauschen Theorie, als blinder Dogmatiker, dessen leitendes Prinzip ein „politisch-geometrisches Axiom" ist. Weil Robespierre nach Taines Anschauung dieses sein Dogma ohne die geringste Rücksicht auf seine Wirkungen in der Praxis auf die tatsächlichen Verhältnisse anwendet, muß er scheitern: Das Gewicht der Formeln sei nicht durch das Gegengewicht der Tatsachen ausgeglichen; auf der einen Seite hoch beladen, auf der anderen ganz leer, müsse der Staatswagen umfallen.

[1]) Taine, „Les origines de la France contemporaine." „La Révolution" Bd. 2 B. 4 Kap. 1.

Die Beurteilung, welche die französische Revolution und ihre geistigen Führer von historischer Seite gefunden haben, ist sehr verschieden ausgefallen. In der Darstellung Taines, der psychologisch die Erscheinungen der Revolution analysiert, bildet die Theorie den leitenden Gesichtspunkt. „Von allem Anfange an," sagt Taine,[1]) „hat sich zur Rechtfertigung jedes Gewaltausbruches der Völker eine Theorie gefunden, die aber nicht aus dem Stegreife und oberflächlich aufgestellt, sondern in die Anschauungen des Publikums tief eingedrungen ist." Nach dieser Auffassung sind die leitenden Männer der französischen Revolution lediglich Theoretiker, reine Doktrinäre, deren Gesichtskreis durch andauernde Beschäftigung mit abstrakten Formeln und Prinzipien derart beschränkt ist, daß sie mit den realen Verhältnissen nicht zu rechnen verstehen. Demgemäß erscheint das Haupt der Jakobiner, Robespierre, in Taines Beleuchtung als fanatischer Anhänger der Rousseauschen Theorie, als blinder Dogmatiker, dessen leitendes Prinzip ein „politisch-geometrisches Axiom" ist. Weil Robespierre nach Taines Anschauung dieses sein Dogma ohne die geringste Rücksicht auf seine Wirkungen in der Praxis auf die tatsächlichen Verhältnisse anwendet, muß er scheitern: Das Gewicht der Formeln sei nicht durch das Gegengewicht der Tatsachen ausgeglichen; auf der einen Seite hoch beladen, auf der anderen ganz leer, müsse der Staatswagen umfallen.

[1]) Taine, „Les origines de la France contemporaine." „La Révolution" Bd. 2 B. 4 Kap. 1.

Einen der Anschauung Taines entgegengesetzten Standpunkt vertritt der Historiker Aulard in seiner „Histoire politique de la révolution française“. Aulard sucht im Gegensatze zu Taine, der alles auf die Theorie zurückführt, die Handlungsweise der Revolutionäre, speziell Robespierres, lediglich aus den tatsächlichen Verhältnissen zu erklären und zugleich zu rechtfertigen, weil er als Sozialist bestrebt ist, die Jakobiner zu entschuldigen und von jeder Schuld möglichst rein zu waschen. Für Aulard sind Robespierre und seine Anhänger keine Theoretiker, die einem Dogma zuliebe die praktische Erfahrung außer acht lassen, sondern nüchterne Praktiker, die, den Eingebungen ihres gesunden Menschenverstandes folgend, den realen Verhältnissen, wie sie durch die innere und besonders äußere politische Lage Frankreichs gegeben sind, Rechnung tragen müssen.

Taines und Aulards Anschauungen sind also grundsätzlich verschieden. Welche Ansicht verdient den Vorzug? Zur Lösung dieser Frage wird man beitragen können, wenn man prüft, ob die Anschauungen Rousseaus, der doch in seinen Schriften das zum adäquatesten Ausdruck brachte, was die Geister seiner Zeit beschäftigte, in dem Maße, wie Taine annimmt, Robespierre beeinflußt haben.

Auf die Beeinflussung Robespierres durch Rousseau lassen erstens schon die persönlichen Beziehungen schließen, welche zwischen Rousseau und Robespierre bestanden. Robespierre hat Rousseau i. J. 1778 in Ermenonville persönlich aufgesucht,[1]) und diese Zusammenkunft hat offenbar dazu bei-

---

[1]) Mémoires de Charlotte Robespierre sur ses deux frères: Robespierre: „Je t'ai vu dans tes derniers jours, et ce souvenir est pour moi une source d'une joie orgueilleuse.“ (Dédicace de Robespierre aux mânes de J.-J. Rousseau.) vgl. Oeuvres de Maximilien Robespierre, ed. par Laponneraye 1840, Bd. 2 S. 473.

getragen, beide Männer einander geistig näher zu bringen. Mußte sich doch Robespierre, welcher nach dem Urteile der Frau von Staël[1]) extrem demokratischen Tendenzen huldigte, zu einer Persönlichkeit wie Rousseau hingezogen fühlen, der, wie kein anderer zuvor, in der Sprache der Leidenschaft und des Gefühls an die Instinkte der Volksmasse appellierte.

Ferner deuten aber auch die Zeugnisse[2]) aus Robespierres eigenem Munde darauf hin, daß Rousseau auf ihn nachhaltig eingewirkt hat. Robespierre spendet ihm nicht nur höchstes Lob, er gibt sogar selbst zu, von Rousseaus Ideen inspiriert zu sein und verspricht den Spuren des Meisters zu folgen: „Je veux suivre ta trace vénérée, dussé-je ne laisser qu' un nom dont les siècles à venir ne s'informeront pas; heureux, si, dans la périlleuse carrière qu'une révolution inouie vient d'ouvrir devant nous, je reste constamment fidèle aux inspirations que j'ai puisées dans tes écrits."[3])

An der Beeinflussung Robespierres durch Rousseau läßt sich also nicht zweifeln. Inwieweit aber dieser im einzelnen Robespierres Anschauungen bestimmt hat, soll im folgenden untersucht werden.

Betrachten wir zunächst den Einfluß, den die **politischen** I.
Anschauungen Rousseaus auf Robespierre ausgeübt haben.

Rousseaus politische Haupttheorie, die Lehre von der Volkssouveränität, hat Robespierres Anschauung sehr stark be-

[1]) Mme. de Staël: „J'ai causé une fois avec lui chez mon père, en 1789, lorsqu'on ne le connaissait que comme un avocat de l'Artois, très exagéré dans ses principes démocratiques." (vgl. Vermorel, Oeuvres de Robespierre S. 16 Anm.)

[2]) vgl. u. a. Défenseur de la Constitution: Des fêtes nationales 1792 (Lapon. I S. 395); vgl. S. du 7 mai 1794 à la Convention (Moniteur).

[3]) Dédicace de Robespierre aux mânes de J.-J. Rousseau vgl. S. 2 Anm.

einflußt. Ehe wir aber auf die Natur der Volkssouveränitätslehre näher eingehen, bedarf es erst der Lösung der Frage: „Was verstehen Rousseau und Robespierre unter dem Begriffe „Volk"? Ist das gesamte Volk oder nur ein geringer Bruchteil des Gesamtvolkes zur Souveränität innerhalb des Staates berufen?"

Was zunächst Rousseau betrifft, so ist nach seiner Auffassung nicht die Gesamtheit aller Staatsbürger zur Souveränität berechtigt.[1]) Seinem Verfassungsideale gemäß, welches den auf Reform der Verfassung gerichteten Wünschen und Forderungen der Genfer Bürgerschaft entsprach, sind nur die mit politischen Rechten ausgestatteten Bürger, d. h. die „citoyens" und „bourgeois", wirkliche Träger der Souveränität.

Rousseau will also nur einem relativ kleinen Bruchteile des Volkes zur souveränen Machtstellung verhelfen, vor allem darum, weil er in der Bourgeoisie — Rousseau denkt speziell an Genfer Verhältnisse — den gesunden Kern des Volkes erblickt und den bürgerlichen Mittelstand („ordre moyen entre les riches et les pauvres") allein für befähigt hält, das Gemeinwohl zu fördern. Charakteristisch ist das Lob, welches er dem Bürgerstande zollt: „C'est la plus saine partie de la république, la seule qu'on soit assuré ne pouvoir dans sa conduite se proposer d'autre objet que le bien de tous" (Lettre de la Montagne t. II S. 204).

Die untersten sozialen Schichten des Volkes schließt Rousseau von der Teilnahme an der Regierung aus, da er befürchtet, ihre rohen Instinkte könnten die Staatsordnung untergraben, zum mindesten gefährden. „Dans la plupart des Etats les troubles internes viennent d'une populace abrutie et stupide, échauffée d'abord par d'insupportables

---

[1]) vgl. G. Koch, „Die Verfassung von Genf und Rousseaus Contrat social" (Sybels Histor. Zeitschr. Bd. 55 N.F. 19, 1886).

vexations, puis ameutée en secret par des brouillons adroits, revêtus de quelque autorité qu'ils veulent étendre" (ibid.). Wenn daher Rousseau wiederholt unter Hinweis auf die sittlichen Kräfte des Volkes zur Mitarbeit an den staatlichen Aufgaben aufruft und darum Volkssouveränität proklamiert, so hat er eben unter dem Begriffe „Volk" nur die besseren, vor allem die bürgerlichen Elemente verstanden.

Wesentlich anders als Rousseau interpretiert Robespierre den Begriff „Volk". Wenn er in seinem Entwurfe der Menschenrechte (24. April 1793, Lapon. III S. 351) das Prinzip verkündet: „Nur die Gesamtheit des Volkes verkörpert die Souveränität", so rechnet er zu dem „souveränen Volke" nur die „Tugendhaften", die „Vaterlandsfreunde" und „Gutgesinnten", mit einem Worte die Jakobiner,[1]) welche sich zu seinen allein unfehlbaren Prinzipien bekennen. Alle diejenigen aber, welche Robespierres Anschauungen bekämpfen, haben keine Hoheitsrechte; sie gehören im Gegensatze zu dem „guten Volke", welches sich nur nach Ruhe, Ordnung, Gerechtigkeit sehnt und allein das Allgemeininteresse wahrnimmt, zu der Kategorie der „Verderbten", der „Aristokraten" und „Volksfeinde", welche die „guten Patrioten"[2])[3]) physisch und

[1]) S. du 2 mars 1792 (Jakobinerklub) [Histoire de Robespierre par Ernest Hamel II S. 139] Robespierre: „Aussi voyait-on les prêtres et les nobles diriger leurs efforts contre ces sociétés (Jakobinerklubs), c'est à dire le peuple tout entier."

[2]) Über die Güte des „Volkes" vgl. Discours sur la garde nationale, S. du 28 avril 1791: „Le peuple ne demande que tranquillité, justice, que le droit de vivre, les hommes puissants, les riches sont affamés de distinctions, de trésors, de voluptés; l'intérêt, le voeu du peuple est celui de la nature, de l'humanité, c'est l'intérêt général..." (Lapon., Oeuvres de Rob. I S. 90).

[3]) Wie es mit der „Tugend" dieser „guten Patrioten" in Wirklichkeit beschaffen war, davon ein Zeugnis in den Memoiren

psychisch unterjochen. Zu dieser Klasse der schlechten Bürger zählt Robespierre alle Reichen und Mächtigen[1]) ebenso wie seine politischen und persönlichen Gegner. Alle diese „ennemis du peuple" müssen der Herrschaft des „souveränen Volkes", d. h. also im Sinne Robespierres der Jakobiner, unterworfen oder ausgerottet werden, so daß das Rousseausche Dogma von der Volkssouveränität in Wirklichkeit auf die Diktatur einer jakobinischen Minderheit hinausläuft, welche als allein berechtigter Souverän auftritt und von Robespierre gegen seine politischen Gegner ausgespielt wird. Das Volk in seiner Gesamtheit ist also bei Robespierre wie bei Rousseau nicht Träger der Souveränität. Vielmehr konzentriert sich die Summe der Hoheitsrechte auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis. Dieses Moment muß man immer im Auge behalten, will man die von Rousseau entwickelte und von Robespierre für seine politischen Pläne ausgebeutete Lehre von der Volkssouveränität richtig verstehen.

Die Bedeutung, welche diese Theorie für Robespierre gewonnen hat, erfordert, daß wir uns eingehender mit dieser Rousseauschen Lehre befassen. Rousseau gründet die Volks-

---

Meillans: „Robespierre faisait un jour l'éloge d'un nommé Desfieux, homme connu par son improbité et qu'il a sacrifié dans la suite. — Mais votre Desfieux, lui dis-je, est connu pour un coquin. — N'importe, c'est un bon patriote. — Mais c'est un banqueroutier frauduleux. — C'est un bon patriote. — Mai c'est un voleur. — C'est un bon patriote. — Je n'en pus arracher que ces trois paroles" (Meillan, Mémoires, 4).

[1]) Papiers inédits trouvés chez Robespierre, Nr. 43: Juli 1793: „Quels sont nos ennemis? Les vicieux et les riches. Les dangers interieurs viennent des bourgeois" (Rapport de Courtois, Nr. 43; Hamel III 43, 71). Discours du marc d'argent 1791: Der Reiche als Geißel des Volkes bezeichnet (Moniteur).

souveränität auf den Gesellschaftsvertrag, den „Contrat social", welcher nicht mit dem Hobbesschen Herrschaftsvertrage identisch ist, kraft dessen das Volk sich seiner Souveränität zugunsten einer Herrschergewalt entäußert. Es gibt keinen Unterwerfungsvertrag; der Volkswille allein gebietet. Dennoch legt der soziale Vertrag Pflichten auf. Er fordert nämlich, daß sich jedes Glied der Gesellschaft seiner Rechte an die Gesamtheit entäußert.[1]) Als Äquivalent für die Veräußerung an den Staat gewährleistet der Vertrag rechtlichen Schutz der Person und des Eigentums.[2]) Fehlt dieser Schutz, so kehrt der Bürger in den Naturzustand zurück. Dieser Vertrag, der also auf der Gegenseitigkeit der Rechte und Pflichten zwischen Regierung und Bürgern beruht, bildet allein die rechtliche Grundlage des Gesellschaftslebens und kann darum die Souveränität des Volkes hervorbringen.

Untersuchen wir näher die Natur dieser Volkssouveränitätslehre. Aus der Eigenschaft des Volkes als des Souveräns im Staatskörper folgert Rousseau, daß das Volk jederzeit das Recht habe, die Art seiner Regierung zu ändern, also auch seine erst von ihm aufgestellten Grund- und Verfassungsgesetze umzustoßen.[3]) Damit wird wenigstens der Theorie nach dem Volke das Recht auf Revolution als sein oberstes Majestätsrecht zuerkannt. Rousseau geht in seiner Lehre soweit, den Grundsatz aufzustellen, daß der bloße Zusammentritt des Volkes genüge, um die bestehende Verfassung außer Kraft zu setzen.[4]) Damit entwickelt er das „Programm der permanenten Revolution".[5]) Eine unumschränkte Macht wird auf diese Weise dem Volke verliehen.

---

[1]) vgl. Rousseau, Contrat social I, 9.
[2]) Contrat social I, 8.
[3]) Contrat social I, 7.
[4]) Contrat social III, 14.
[5]) vgl. Gierke, „Althusius" S. 91.

Damit nicht genug, erscheint die Souveränität im Besitze des Volkes unteilbar[1]) und unveräußerlich;[2]) denn der allgemeine Volkswille läßt sich nach Rousseau weder teilen noch veräußern. Daraus folgert er schließlich die Unvertretbarkeit der Souveränität. Im 3. Buche (im 15. Kapitel) des „Contrat social" bekennt er sich offen als prinzipiellen Gegner der Repräsentativverfassung, welche er unter Hinweis auf die englische Verfassung als unmoralisch verwirft. Freilich muß auch Rousseau zugeben, daß in einem großen Staatswesen eine selbsttätige Ausübung der Souveränität nicht möglich ist.[3])

Aus den der Souveränität beigelegten Prädikaten der Unteilbarkeit und Unveräußerlichkeit schließt Rousseau weiter, daß die Lehre von der Teilung der Gewalten auf einem Mißverständnisse beruhe, indem man für Teile der Souveränität halte, was nur Ausflüsse („émanations") derselben seien, daß daher die Exekutive ein dem Volke als Souverän durchaus untergeordneter Körper sei.[4]) Die Träger der ausführenden Gewalt sind lediglich Beauftragte des Volkes („ministres, dépositaires, gouverneurs, agents du peuple").[5]) Es handelt sich für Rousseau nur um einen vom Souverän erteilten Auftrag („commission"), nicht etwa um einen Vertrag, der zwischen Volk und Regierung eingegangen wird. Darum unterliegen auch die Organe der Exekutivgewalt der Aufsicht des Volkes, welches in periodischen Versammlungen über das Verhalten ihrer „mandataires" zu richten hat.[6]) Vor allem muß das Volk etwaigen Übergriffen der Regierung vorbeugen.

---

[1]) Contrat social III, 13.
[2]) Contrat social II, 1.
[3]) Contrat social III, 15; Economie politique.
[4]) Contrat social III, 1.
[5]) Contrat social III, 18.
[6]) Contrat social III, 18.

Um eine zu große Machtentfaltung der Exekutive zu verhüten, empfiehlt Rousseau eine rationelle Teilung der öffentlichen Gewalt,[1]) immer unter der Voraussetzung, daß der Staat klein ist. Versagt dieses Mittel, um den Usurpationsgelüsten der Regierung wirksam zu begegnen, so soll das Volk vom Rechte der Insurrektion Gebrauch machen. Das Volk ist also in seiner Machtbefugnis unbeschränkt.

Wie soll aber das Volk zum alleinigen Herrscher und Gesetzgeber berufen sein können, wenn ihm die staatsmännischen Fähigkeiten fehlen, oder wenn es, von blinden Leidenschaften getrieben, Unvernünftiges will? Hierin liegt die Schwierigkeit des Souveränitätsprinzips, und Rousseau sah sich genötigt, zu diesem schwierigen Probleme Stellung zu nehmen. Durch die Erfahrung belehrt, konnte er sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß das Urteil, welches die breite Masse des Volkes leite, recht oft getrübt sei.[2]) Weil er also an der politischen Reife des Volkes zweifelt, fordert er Erleuchtung des Volkes durch eine höhere Intelligenz. Indem aber Rousseau im Geiste des Rationalismus, den er nicht völlig zu überwinden vermag, rein verstandesmäßig eine „höhere Vernunft" göttlichen Ursprungs postuliert und den „Gesetzgeber" als einen deus ex machina herbeiruft, um dem beschränkten oder irre geleiteten Volke die Bahnen zu Glück und Wohlfahrt zu weisen, wird das Souveränitätsprinzip durchbrochen, die Oberherrschaft des Volkes faktisch matt gesetzt.[3])

---

[1]) Contrat social III, 7; Considérations sur le gouvernement de Pologne: Rousseau empfiehlt häufigen Beamtenwechsel.

[2]) Contr. soc. II, 6: „Le peuple veut toujours le bien, mais il ne le voit pas toujours de lui-même."

[3]) Haymann (Sozialphilosophie J.-J. Rousseaus S. 292 Anm.) führt aus: Législateur = in Rousseaus Sprache „vollkommener

Wir sehen Rousseau im Kampfe mit zwei Mächten: Einmal führt die Überschätzung der wahren Volkskräfte zur Volkssouveränität, indem Rousseau das Volk im Interesse der Selbsterhaltung zur Selbsthilfe anhält; andererseits erblicken wir ihn noch im Banne der Aufklärungsideen, indem er glaubt, das Volk durch einen „Gesetzgeber", eine „höhere Vernunft" bevormunden lassen zu müssen. Diese Zwiespältigkeit der Anschauungen deutet darauf hin, daß Rousseaus Souveränitätstheorie, wie sie im „Contrat social" entwickelt ist, nicht für die Praxis bestimmt war. Rousseau mißt mit idealem Maßstabe; er behandelt das Souveränitätsprinzip als Theoretiker, ohne seine Umsetzung in die Praxis zu wollen. Diese Theorie, welche nur vor dem Richterstuhle der klügelnden Vernunft bestehen konnte, mußte scheitern, wenn sie, wie Robespierre es tat, auf die realen Verhältnisse angewandt wurde.

Robespierre geht wie Rousseau vom Gesellschaftsvertrage aus (dem „pacte social", wie er ihn nennt), und er zieht dieselben Konsequenzen wie Rousseau aus seiner Vertragstheorie. Demgemäß muß sich auch nach Robespierres Anschauung das Individuum seiner Rechte an den Staat entäußern: „Le citoyen doit pour ainsi dire rapporter à la masse commune la portion de la puissance publique et de la souveraineté du peuple qu'il détenait, ou bien il doit être

---

Politiker". „Man hat es fertig gebracht, trotz der ausdrücklichen Verwahrungen Rousseaus im 7. Kap. des 2. Buches des Contrat social eine Durchbrechung des Prinzips der Volkssouveränität zu sehen."

Gewiß hat Rousseau als Ideal eines Gesetzgebers der antike Gesetzgeber vorgeschwebt (vgl. Considérations sur le gouv. de Pol. II., worauf sich Haymann beruft); aber es läßt sich doch nicht leugnen, daß Rousseau, indem er die Erscheinung des „Gesetzgebers" gleich einem deus ex machina zu Hilfe ruft, das Souveränitätsprinzip verletzt; denn dem Volke wird damit die Berechtigung aberkannt, der alleinige Gesetzgeber zu sein.

exclus par cela même du pacte social.“[1]) Der Kernpunkt der Rousseauschen Vertragslehre, daß der „contrat social“ dem einzelnen rechtlichen Schutz der Person und des Eigentums verbürgt,[2]) wird von Robespierre so erfaßt, daß er den Schutz des Gesetzes in erster Linie seinen Anhängern, d. h. also den zur Souveränität berufenen Jacobinern, zubilligt.

Was die Natur der Volkssouveränität betrifft, so hat Robespierre diesem Begriffe die gleichen Attribute beigelegt wie Rousseau. Auch Robespierre vertritt die Unteilbarkeit[3]) und Unveräußerlichkeit[4]) der Hoheitsrechte und verwirft daher seinem Meister getreu die Doktrin von der Teilung der Gewalten: Die Träger der Exekutive sind als Organe des Volkswillens nur Beauftragte („commis“) der Nation, welche ihre Beamten streng zu überwachen hat, um Eingriffe der Regierung in den Machtbereich des souveränen Volkes zu verhüten.[5]) Gegebenenfalls steht dem Volke dank seiner

---

[1]) vgl. Défenseur de la Constitution no. 4 (Hamel, hist. de Rob. II S. 273. Lapon. I S. 378).

[2]) Robespierre, Projet de déclaration des droits de l'homme et du citoyen, 24 avril 1793, art. VII (Lapon. Oeuvres III S. 356).

[3]) S. du 22 octobre 1789: „La constitution établit que la souveraineté réside dans le peuple, dans tous les individus du peuple“. (Monit.) Déclaration des droits de l'homme, s. o. Art. XVI (Lapon.).

[4]) S. du 10 août 1791: „Les pouvoirs ne peuvent être ni aliénés ni délégués . . . Si l'on pouvait déléguer les pouvoirs en détail, il s'ensuivrait que la souveraineté pourrait être déléguée, puisque ces pouvoirs ne sont d'autre chose que de diverses parties essentielles et constitutives de la souveraineté; et alors remarquez que contre vos propres intentions vous décréteriez que la nation a aliéné sa souveraineté.“ (Moniteur.)

[5]) Discours sur la Constitution 10 mai 1793 (Moniteur): Dezentralisation der Exekutive! Déclaration des droits . . . art. XXVI (Lapon., Oeuvres).

unbeschränkten Machtfülle das Recht der Insurrektion zu.[1]) Gerade diese Lehre von der Unbeschränkbarkeit der souveränen Macht war Robespierre besonders willkommen, da er mit dieser Theorie die Handlungsweise der Jacobiner rechtfertigen konnte; denn er sagt in Anlehnung an Rousseau: „Le souverain est audessus des lois; le souverain peut changer à son gré la loi qui est son ouvrage." (Défenseur de la Constitution no. 4 — Lapon. I S. 378 u. a.) Mit dieser Doktrin von der unbegrenzten Machtfülle des Volkes rechtfertigt Robespierre daher die Pöbelaufstände; unter Hinweis auf diese Theorie weigert er sich, diejenigen, welche Adelsschlösser einäschern, Räuber zu nennen, schützt er die Rebellen in Soissons, Nancy, Avignon und in den Kolonien. Das Recht der Insurrektion und Revolution wird dem Volke als oberstes Recht zugesprochen, und Robespierre vertritt mit Rousseau die in der Praxis verhängnisvoll wirkende Theorie, deren Gefährlichkeit auch er wohl erkannte, daß der bloße Zusammentritt des Volkes genüge, um die staatliche Ordnung zu untergraben: „Le peuple une fois assemblé, la représentation expire, le pouvoir de la Convention n'est plus; il n'y a plus ni lois ni gouvernements, si ce n'est la volonté dominante dans chaque assemblée."[2])

Da die souveräne Macht naturgemäß in einem großen Staate vom Volke nicht direkt ausgeübt werden kann, so hält auch Robespierre eine kontinuierliche Versammlung des Volkes in einem Staate von der Größe Frankreichs für ausgeschlossen, ebenso wie Rousseau eine direkte Volksregierung nur in einem kleinen Gemeinwesen für möglich hielt (s. o.). Gegen eine

---

[1]) Déclaration des droits art. XXIV: „. . . Quand le gouvernement opprime le peuple, l'insurrection du peuple entier et de chaque portion du peuple est le plus saint des devoirs." . . .

[2]) Lettre de M. Robespierre à MM. Vergniaud, Gensonné, Brissot et Guadet 1793 (Lapon. III, 169).

Teilnahme des Gesamtvolkes an der Regierung führt Robespierre auch ein wirtschaftliches Moment ins Feld,[1]) indem er auf die materielle Schädigung des Volkes hinweist, welche dem Staatsbürger erwachse, wenn er seinen Geschäften fernbleibe: der Bauer könne sein Feld nicht im Stiche lassen, der Tagelöhner seinen Verdienst nicht einbüßen, ohne seine Existenz aufs Spiel zu setzen. Darum sei es unerläßlich, Abgeordnete zu wählen, welche an Stelle des Volkes die souveräne Macht ausüben: „Dans une grande monarchie le peuple ne peut exercer sa toute puissance qu'en nommant ses représentants" (S. du 11 sept. 1789 — Monit.). Diese Repräsentanten sind aber nur „mandataires", Beauftragte des Volkes, da sich der Volkswille nicht repräsentieren lasse.[2]) Sie entsprechen also durchaus den „commissaires" Rousseaus,[3]) die mit der Regierung betraut sind.

Die souveräne Vollmacht verbleibt mithin dem Volke, während die „mandataires" lediglich die Organe des Volkswillens sind und nur die Amtsfunktion[4]) ausüben. Folglich unterliegen sie auch, wie bei Rousseau, der Zensur durch das Volk. Nach Robespierre ist eine Verfassung, welche diese

---

[1]) S. du 28 décembre 1792 à la Convention (Moniteur du 30 déc. 1792) (Lettre à ses commettants no. 12).

[2]) vgl. S. du 26 août 1791 (à l'Assemblée constituante — Moniteur); S. du 16 juin 1793 à la Convention (Monit.): „J'observe que le mot de représentant ne peut être appliqué à aucun mandataire, parce que la volonté ne peut se représenter. Les membres de la législature sont les mandataires à qui le peuple a donné la première puissance, mais dans le vrai sens, on ne peut pas dire qu'ils le représentent."

[3]) Rousseau, Contr. soc III, 15: „Les députés du peuple ne sont ni peuvent être ses représentants; ils ne sont que ses commissaires" (ferner III, 18).

[4]) Robespierre scheidet scharf zwischen pouvoir und fonction. (S. du 10 août 1791 — Monit.).

Überwachung durch den Souverän ausscheidet, nicht lebensfähig. Rousseau habe dann Recht, das Repräsentativsystem zu verwerfen: „Si les représentants délivrés encore de la voix importune des censeurs deviennent les propriétaires possibles de la fortune et des droits de la nation, c'est alors qu'il est au moins difficile de contester la vérité de l'anathème foudroyant de J.-J. Rousseau contre le gouvernement représentatif absolu" (S. du 10 mai 1793 — Monit.).

Faktisch wurde diese Zensur durch das „souveräne Volk" während der ganzen Dauer der Legislatur im Sitzungssaale selbst ausgeübt. Jede Meinungsäußerung eines Repräsentanten wurde von den die Galerien füllenden Gesinnungsgenossen der Jakobiner kontrolliert. Vertrat er eine den jakobinischen Prinzipien widersprechende Ansicht, so machte Robespierre gegen ihn die auf den Tribünen versammelten Sanskulotten mobil, und wohl oder übel mußte sich der Abgeordnete dem Zwange fügen. Um den Einfluß des „souveränen Volkes" auf die Versammlung noch zu steigern, wünschte Robespierre ein gewaltiges Repräsentantenhaus zu errichten,[1]) welches nicht weniger als 12000 Zuschauer fassen sollte. „Sous les yeux d'un si grand nombre de témoins ni la corruption, ni l'intrigue, ni la perfidie n'oseraient se montrer; la volonté générale serait seule consultée; la voix de la raison et de l'intérêt public serait seule entendue". Mit diesen Worten motiviert Robespierre im Schoße des Konvents am 10. Mai 1793 seine geplante Neuerung. Im geheimen wird er wohl nicht daran gezweifelt haben, daß ihm diese Maß-

[1]) S. du 10 mai 1793 (Moniteur): Rede über die Verfassung: „Il faudrait, s'il était possible que l'assemblée des délégués du peuple déliberât en présence du peuple entier; un édifice vaste et majestueux ouvert à douze mille spectateurs devrait être le lieu des séances du corps législatif."

nahme, in die Wirklichkeit umgesetzt, dank dem durch die breite Volksmasse auf die Repräsentanten ausgeübten Drucke den Konvent völlig ausgeliefert hätte.

Tatsächlich ist also diese Repräsentativverfassung nicht von jenem Geiste der Freiheit durchdrungen, welcher unser modernes Repräsentativsystem auszeichnet. Vielmehr unterjocht in Robespierres Zwangsstaate die Partei der Jakobiner alle nichtjakobinischen Repräsentanten. Das Parteiinteresse gebietet an Stelle der von Rousseau geforderten „volonté générale"; die Interessenharmonie aller Staatsbürger wird durch die Bildung dieser Sondergemeinschaft innerhalb des Staatskörpers gestört. Rousseau[1]) verwirft prinzipiell die Parteiungen im Staate; denn „quand les intérêts particuliers commencent à se faire sentir, et les petites sociétés à influer sur la grande, l'intérêt commun s'altère et trouve des opposants; l'unanimité ne règne plus dans les voix, la volonté générale n'est plus la volonté de tous" (C. soc. IV, 1).

Wie verhält sich Robespierre zu diesen Parteiungen innerhalb der Staatsgemeinschaft? Fast möchte es scheinen, daß auch Robespierre die politischen Parteibildungen verurteilt, denn häufig ergeht er sich in Schmähungen gegen die „factieux".[2]) Aber unter den „factieux" versteht Robespierre

[1]) Rousseau, Contr. soc II, 3: „Il importe donc pour avoir bien l'énoncé de la volonté générale qu'il n'y ait pas de société partielle dans l'Etat, et que chaque citoyen n'opine que d'après lui."

[2]) vgl. Robespierre: S. du 14 juillet 1791 (Moniteur): „J'abhorre toute espèce de gouvernement, où les factieux règnent." — S. du 15 juillet (ib.): „que les factieux soient partout confondus." — S. du 8 mars 1793 (Monit.): „Il suffira à la Convention nationale de fouler aux pieds tout esprit de parti." — S. du 26 mai 1794 (Monit.), Défenseur de la Constitution no. 3 (Lapon. Oeuvr. I): „Tout parti est funeste à la chose publique, et il est de l'intérêt de la nation de l'étouffer."

die Parteien der Girondisten, Dantonisten und Hebertisten, kurz, aller derjenigen Männer, welche er als seine politischen und persönlichen Gegner haßt. Er selbst gibt nie zu, einer Partei anzugehören. Am 8. Thermidor erklärt er: „Quelle est la faction à qui j'appartiens? C'est-vous-mêmes. Quelle est cette faction qui depuis le commencement de la révolution a terrassé les factions, a fait disparaître tant de traîtres accrédités? C'est vous, c'est le peuple, ce sont les principes. Voilà la faction à laquelle je suis voué."

Die Jakobiner sind daher in seinen Augen nicht die Vertreter partikularer Interessen, sondern sie erscheinen ihm als wahre Volksrepräsentanten, die allein das Staatswohl zum Maßstabe ihrer Handlungen machen. „Pour nous, nous sommes d'aucun parti, nous ne servons aucune faction, vous le savez, frères et amis, notre volonté c'est la volonté générale" (Défenseur de la Constitution no. 10 — Hamel, Hist. de Rob.). Demgemäß faßt Robespierre die faktische Diktatur der Jakobiner vom Juli 1793 bis 9. Thermidor 1794 nicht auf als die Herrschaft einer Partei, als die Vergewaltigung der Majorität durch die Minorität; nach Robespierres Anschauung bedeutet diese Diktatur lediglich die Herrschaft des Allgemeinwillens, lediglich „den Despotismus der Freiheit gegen die Tyrannei".[1]) Er selbst aber fühlt sich als den mit „höherer Vernunft" ausgestatteten „Gesetzgeber", wie ihn Rousseau in sein System eingeführt hat.

---

[1]) S. du 17 pluviôse an II (Moniteur): „On a dit que la terreur est le ressort du gouvernement despotique. Le vôtre ressemble-t-il donc au despotisme? Oui, comme le glaive qui brille dans les mains des héros de la liberté ressemble à celui dont les satellites de la tyrannie sont armés. Le gouvernement de la Révolution est le despotisme de la liberté contre la tyrannie."

Gerade diese Doktrin vom Gesetzgeber[1]) kam Robespierres auf Erreichung politischer Macht gerichteten Bestrebungen außerordentlich zustatten, indem er seine Reformpläne unter die Auspizien dieser „höheren Intelligenz" stellte. Die Erfahrung, daß das Volk weit eher seinen Affekten folgt als der berechnenden Vernunft, mußte für Robespierre, den Politiker, naturgemäß viel schwerer in die Wagschale fallen, als für Rousseau, den Theoretiker. Wie hätte also Robespierre, der diese Tatsache berücksichtigte,[2]) mit seinen Neuerungen, namentlich auf religiösem Gebiete, hervortreten können, wenn er sie dem Volke gegenüber, welches seinen Reformplänen völlig teilnahmlos gegenüberstand, nicht als durch die höhere Vernunft geboten bezeichnet hätte?

Diese Theorie vom Gesetzgeber bildet also für Robespierre ein willkommenes Mittel, um seine politischen Pläne zu rechtfertigen und vor der Öffentlichkeit zu bemänteln. Indem aber Robespierre als Diktator oder absoluter Gesetzgeber im Staate auftritt, setzt er sich faktisch über die Volkssouveränitäts-

---

[1]) Wenn Robespierre unter Bezugnahme auf Rousseau erklärt, der Gesetzgeber müsse, wenn auch nicht ein Wesen göttlichen Ursprunges im Sinne Rousseaus, so doch mindestens eine Persönlichkeit sein, welche von Achtung vor dem Volke, von Liebe zur gesamten Menschheit erfüllt, streng, aber gerecht ihres Amtes walte, so empfiehlt er sich in eigener Person als „Gesetzgeber" (vgl. Lettre à ses commettants no. 1 [Lapon. II S. 95]).

[2]) Premier discours de la guerre [Club des Jacob.] (Lapon. Oeuvr. I S. 225) „Le vrai moyen de témoigner son respect pour le peuple n'est point de l'endormir en lui vantant sa force et sa liberté, c'est de le défendre, c'est de le prémunir contre ses propres défauts, car le peuple même en a. Le peuple est là, est dans ce sens un mot très dangereux. Personne ne nous a donné une plus juste idée du peuple que Rousseau parce que personne ne l'a plus aimé." Robespierre zitiert Rousseau (Contr. soc. II, 6): „Le peuple veut toujours le bien, mais il ne le voit pas toujours."

lehre Rousseaus hinweg. Diese Theorie hatte seine Zwecke gefördert, solange es galt, das souveräne Volk, d. h. die Jakobiner, gegen seine politischen und persönlichen Gegner ins Feld zu führen. Diese Lehre hatte an Wert verloren, nachdem die „Vaterlandsfeinde" niedergerungen waren. Nunmehr setzt die Rolle Robespierres als „Gesetzgeber" ein, der dem Volke sein Staatsideal in den glänzendsten Farben ausmalt.

Welche Staatsform entsprach aber seinem Verfassungsideale? Robespierres Auffassung ist auch hier durchaus von Rousseau beeinflußt.

Rousseaus Verfassungsideal, um mit diesem zu beginnen, spiegelt sich wieder in der Demokratie, d. h. einer beschränkten Demokratie, welche das allgemeine oder gar weibliche Stimmrecht verwirft, eine Tatsache, die auch von einigen französischen Revolutionären richtig erkannt wurde; denn im Jahre 1790 wurde in einem anonym erschienenen Pariser Pamphlet mit dem Titel „Jean-Jacques Rousseau aristocrate" die Autorität Rousseaus gegen die extremen Demokraten ausgespielt.[1]) Rousseau hält aber auch die demokratische Verfassung nicht in jedem Staate für durchführbar. Nur in einem kleinen Gemeinwesen könne sie zur Anwendung kommen, aber auch dort nur unter besonderen Voraussetzungen.[2]) Ja, Rousseau gelangt schließlich zu dem Urteile, daß keine „Regierungsform" so gewaltigen inneren Krisen ausgesetzt sei wie die demokratische, und daß, wenn es ein Volk von Göttern gebe, dieses sich demokratisch regieren würde, während für die Menschen eine so vollkommene Regierung nicht passe.

Rousseau hätte daher die Errichtung der Demokratie in Frankreich niemals billigen können, schon darum nicht, weil nach seiner Überzeugung für einen großen Staat (Contr. soc. III, 3)

---

[1]) vgl. Ed. Champion, Esprit de la Révolution S. 23.

[2]) Rousseau, Contrat social III, 3 und III, 4.

die monarchische Regierung im allgemeinen die beste ist, vorausgesetzt natürlich, daß der Monarch nur als Diener des Volkes, als Chef der Exekutive fungiert.[1]) Es hätte sich also in Wirklichkeit um eine demokratische Monarchie gehandelt. Diese schwebte Rousseau vor, wenn er sagt: „Pour être légitime, il ne faut pas que le gouvernement se confonde avec le souverain, mais qu'il en soit le ministre: alors la monarchie elle-même est république". (Contr. soc. II, 6 Anm.)

Was versteht aber Rousseau unter Republik? Diese Frage beantwortet er folgendermaßen: „Je n'entends pas seulement par ce mot une aristocratie ou une démocratie, mais, en général, tout gouvernement guidé par la volonté générale, qui est la loi." (Contr. soc. II, 6 Anm.) Der Begriff „Republik" wird also von Rousseau rein generell für jeden gesetzmäßig regierten Staat gebraucht. Indes wandte er den terminus „république" nicht immer in dem prägnanten Sinne an, den er diesem Begriffe ursprünglich beilegte, sondern in den späteren politischen Darlegungen wird dieser terminus „république" identisch gesetzt mit demokratisch regiertem Staate, indem er offenbar dem herrschenden Sprachgebrauche folgte.

Wie verhält sich Robespierre diesen Anschauungen gegenüber? Sein Verfassungsideal ist demokratisch, nur daß seine Verfassung im Unterschiede von Rousseau nach der extrem demokratischen Seite hin entwickelt ist; denn Robespierre fordert das allgemeine Stimmrecht, ein Postulat, welches zum Teil politischen Erwägungen entsprang. Wollte er doch, als er 1791 für das allgemeine Stimmrecht plädierte,[2]) das Pariser Proletariat für die guten Dienste,

[1]) Rousseau, Contrat social II, 6.

[2]) vgl. Aulard, Histoire politique de la révolution française S. 99.

welche es der revolutionären Sache geleistet hatte — man denke an den Bastillesturm —, belohnen und sich seine Hilfe im Kampfe gegen seine politischen Gegner damit sichern. Wenn also Robespierre, auch durch politische Gründe bewogen, in der Nationalversammlung für ein extrem demokratisches Staatswesen eintritt, so fordert er doch nicht Abschaffung des Königtums, weil er, beeinflußt von der Rousseauschen Theorie, in Ludwig XVI. nur den Diener des Volkes erblickt; der Monarch ist auch für ihn ein Beamter, lediglich Organ des Volkswillens, und folglich schuldet er dem Souveräne Rechenschaft wie jeder andere „citoyen". Geschweige daß er unverletzlich ist, muß er vielmehr für jede rechtswidrige Handlung bestraft werden. Unter dieser Voraussetzung hält Robespierre Demokratie und Monarchie für vereinbar. In einer „an die Franzosen" gerichteten Adresse führt er 1791 folgendes aus: „Quant au monarque, je n'ai point partagé l'effroi que le titre de roi a inspiré à presque tous les peuples libres. Pourvu que la nation fût mise à sa place et qu'on laissât un libre essor au patriotisme que la révolution avait fait naître, je ne craignais pas la royauté, et même l'hérédité des fonctions royales dans une famille . . Il faut seulement contenir le pouvoir royal . . Une nation peut être libre avec un monarque qu'ainsi république et monarque ne sont pas deux choses incompatibles."[1])

---

[1]) Adresse aux Français 1791 (vgl. Aulard, Hist. polit. S. 149), vgl. ferner S. du 13 juillet 1791 (Aulard, La société des Jacobins; H. p. S. 148): „Qu'est-ce que la constitution actuelle? C'est une république avec un monarque. Elle n'est ni monarchie, ni république, elle est l'une et l'autre. On m'a accusé au sein de l'Assemblée d'être républicain, on m'a fait trop d'honneur, je ne le suis pas; si l'on m'eût accusé d'être monarchiste, on m'eût

Weil also Robespierre die Monarchie mit seinem demokratischen Staatsideale in Einklang bringen konnte, sah er keinen Grund, an der Verfassung von 1791 zu rütteln. Er trat vielmehr noch im Mai 1792 als Schützer der demokratischen Monarchie auf. „C'est la constitution que je veux défendre, la constitution telle qu'elle est.“ [1]) Erst im Juni 1792 scheint Robespierre den Gedanken erwogen zu haben, das Königtum abzuschaffen; denn nach seiner Auffassung von der Monarchie mußte er in dem Widerstande des Königs gegen die Durchführung der Priestergesetze einen Akt der Unbotmäßigkeit gegenüber dem Volkswillen erblicken. Darum, und weil er Ludwig XVI. im Bunde mit dem österreichischen Komitee wähnt, wird er mißtrauisch gegen die königliche Regierung. Als Ausfluß dieser Stimmung ist es offenbar zu betrachten, wenn er im Jakobinerklub [2]) am 11. Juli 1792 mißmutig ausruft: „En vain nous faisons de bonnes lois, si le pouvoir exécutif ne les fait pas exécuter, s'il les entrave par des vetos perfides.“ Dieses Mißtrauen gegenüber dem Könige erklärt jene Kundgebung im „Défenseur de la constitution“ vom 15. Juli 1792, worin nicht nur die Verhaftung Lafayettes, sondern auch die provisorische Suspension Ludwigs XVI. gefordert wird.[3]) Es ist ungewiß, ob diese Adresse vom 15. Juli wirklich von Robespierre verfaßt worden ist, wie Buchez (Histoire parlementaire t. XVI S. 17) annimmt, oder nur auf seine Initiative zurückzuführen ist. Jedenfalls entsprach sie ihrem

---

déshonoré, je ne le suis pas non plus.“ vgl. „A Maximilien Robespierre et à ses royalistes“ Pamphlet. (Mémoires de Louvet t. II, 109ff. ed. p. Aulard).

[1]) vgl. Défenseur de la Constitution (Exposition de mes principes [Lapon. Oeuvres I, 314]).

[2]) Aulard, Société des Jacobins IV, S. 89.

[3]) Aulard, Hist. polit. S. 204.

Sinne nach der augenblicklichen Mißstimmung Robespierres gegen das Königtum, und wenn dieser nach dem 10. August die Forderung stellt: „Entweder müssen die Könige oder die Franzosen unterliegen,“[1]) so ist dies begreiflich. Wir brauchen dabei nicht mit Aulard[2]) zu schließen, daß er der Volksstimmung zuliebe, gewissermaßen durch die breite Volksmasse gezwungen, der Monarchie entsagen will: Für Robespierre hatte diese vielmehr ihre Rolle ausgespielt, sobald nach seiner Auffassung der König dem souveränen Volkswillen sein Veto entgegensetzte. Die demokratische Monarchie hatte Robespierres Erwartungen nicht genügen können. Darum suchte und fand er Ersatz in der Republik, deren offizieller Anhänger er nach dem 22. September 1792 wurde, obwohl er im Herzen schon vorher republikanisch gesinnt gewesen ist.

Nach Aulards Ansicht ist Robespierre allerdings erst nach der Proklamierung Frankreichs zur Republik Republikaner geworden: „Monarchiste avant le 10 août, républicain après le 22 septembre, il suivait les mouvements populaires bien plus qu'il ne les dirigeait.“[3])

Diese Anschauung Aulards verdient auf ihre Richtigkeit geprüft zu werden.

Gewiß steht fest, daß Robespierre gegen die damals bestehenden Republiken, namentlich diejenigen von Bern,

---

[1]) Défenseur de la Constitution no. 12: „Il faut que les rois ou les Français succombent. Telle est la situation où vous place cette lutte glorieuse que vous avez jusqu'ici soutenue contre la royauté.“

[2]) Aulard, Histoire politique S. 235: „Robespierre lui-même qu'on a vu si opiniâtrément monarchiste, ne croit plus pouvoir résister au courant d'opinion qui se forme contre la monarchie.“

[3]) Aulard, Hist. polit. S. 423.

Venedig, selbst auch gegen die Föderativrepublik der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine gewisse Abneigung an den Tag legte, und zwar darum, weil er in diesen Verfassungen nur aristokratische Institutionen erblickte.[1]) Für Robespierre konnte es sich als überzeugten Demokraten nur um eine demokratische Republik handeln, die den modernen Verhältnissen[2]) angepaßt war. Nur hielt Robespierre in der Öffentlichkeit mit seinen auf die Errichtung einer demokratischen Republik gerichteten Wünschen nach Möglichkeit zurück, aus Gründen, die er teilweise selbst mitteilt: In überzeugender Weise entwickelt er nämlich am 2. März 1792 vor den Jakobinern seine Anschauung: „Moi aussi, messieurs, j'aime le caractère républicain. Je

---

[1]) Robespierre: Adresse aux Français 1791: . . „La république de Venise ressemble davantage au gouvernement turc qu'à celle de France." (s. Aulard, Hist. polit. S. 149.) — Défenseur de la Constitution (Exposition de mes principes): „J'aime mieux voir une Assemblée représentative populaire avec un roi, qu'un peuple esclave et avili sous la verge d'un sénat aristocratique." (Hamel II S. 257.) Lettre de M. Robespierre à ses commettants no. 1: „Qui de nous voudrait descendre de la hauteur des principes éternels que nous avons proclamés, au gouvernement de la république de Berne p. e., de celle de Venise, ou de Hollande? Qui voulait échanger les sublimes destinés du peuple français contre la constitution de ces Etats-Unis d'Amérique qui fondée sur l'aristocratie des richesses, décline déjà vers le despotisme monarchique?" (Lapon. Oeuvres. II S. 90.)

[2]) Robespierre, obwohl wie Rousseau von Bewunderung für die antiken Republiken erfüllt [„Sparte brille comme un éclair parmi des tenèbres immenses" — S. du 7 mai 1794 (Monit.)], sah gleichwohl hierin nicht sein Ideal: Mit Hinweis auf die Römer und Spartanen sagt er: „Il n'y a rien de commun entre cette famille de républicains austères et une nation de 25 millions d'hommes." [Observations générales sur le projet d'instruction publique 1793 (Lapon. Oeuvres III S. 194).]

sais que c'est dans les républiques que se sont élevées toutes les grandes âmes; mais je crois qu'il nous convient dans ce moment de proclamer bien haut que nous sommes les amis décidés de la constitution, jusqu'à ce que la volonté générale éclairée par une plus mûre expérience déclare qu'elle aspire à un bonheur plus grand."[1])

Robespierre war also auf Grund dieses Zeugnisses bereits vor dem 22. September 1792 republikanisch gesinnt; die Behauptung Aulards, daß er erst nach der Erhebung Frankreichs zur Republik Republikaner geworden sei, muß man daher zurückweisen. Obwohl aber Republikaner, war Robespierre im März 1792 doch der Überzeugung, daß das französische Volk für eine republikanische Verfassung noch nicht reif sei, daß es vielmehr noch der Erleuchtung und Aufklärung[2]) bedürfe, ehe es des „höheren Glückes" teilhaftig würde, eine Anschauung, die seiner rationalistischen Denkungsart durchaus entsprach.

Ferner waren aber für Robespierre auch andere politische Bedenken ausschlaggebend, die sein Verhältnis zur Republik maßgebend bestimmten. Robespierre wußte, daß das französische Volk dank der Tradition royalistisch gesinnt war. Warum hätte er also, der, wie wir sahen, die Monarchie mit seinen Prinzipien vereinbaren konnte, die loyalen Gefühle

---

[1]) vgl. Hamel, Hist. de Robespierre II S. 140; bei Aulard (Société des Jacobins III S. 420) nicht ausführlich!

[2]) Défenseur de la Constitution (Exposition de mes principes). Robespierre entwickelt hier das Programm seiner konstitutionellen Politik, „pour forcer la royauté à marcher dans le sentier que la volonté du souverain lui a tracé ou pour amener insensiblement et sans secousses l'époque où l'opinion publique éclairée par le temps ou par les crimes de la tyrannie pourra prononcer sur la meilleure forme du gouvernement" (republikanische Staatsform?).

der Volksmasse durch die Forderung einer rein republikanischen Verfassung verletzen sollen, solange der König seine Pflichten als Diener des Volkes zu erfüllen schien?

Schließlich sprach noch ein anderer Faktor mit, der ihn bewog, seine republikanische Gesinnung nicht öffentlich zu betätigen, nämlich Rücksichtnahme auf das Ausland. Gerade die österreichische Politik war ja bestrebt, die Jakobiner als die größten Feinde der zur Zeit in Frankreich bestehenden Verfassung hinzustellen und sie staatsfeindlicher Umtriebe zu zeihen. Hierüber ließ die kaiserliche Note vom 17. Februar 1792 als Antwort auf die Kundgebung Dumouriez' vom 25. Januar keinen Zweifel. Der Verein europäischer Mächte sollte laut diesem Manifeste des Kaisers fortdauern, solange eine republikanische Faktion den mit Leopold verbündeten König bedrohe und sich unter mächtigen Rüstungen zur Revolutionierung Europas anschicke. Den Vorwurf also, die Jakobiner seien Republikaner und verfassungsfeindlich, wollte Robespierre entkräften, als er am 2. März 1792 die Jakobiner aufforderte, das Wort „Republikaner" fallen zu lassen, weil es „ehrenhafte, aber wenig erleuchtete Männer" verletzen könnte. Daher empfahl Robespierre auch als Akt politischer Klugheit, sich gerade in diesem Momente offen zur bestehenden Verfassung zu bekennen: „Je crois qu'il nous convient dans ce moment de proclamer bien haut que nous sommes les amis décidés de la constitution", obwohl er die Republik als „ein größeres Glück" für Frankreich in derselben Sitzung erklärt hatte (s. o.).

Wenn also Robespierre lange vor dem September 1792 im Herzen Republikaner war, so wird man sich wundern, warum er sich jener im Frühling 1791 gegründeten republikanischen Partei nicht anschloß,[1]) welche in Condorcet

[1]) Aulard, Hist. polit. S. 109: „Ce parti républicain n'a pu obtenir encore ni l'adhésion définitive de Marat ni à aucun degré l'adhésion de Robespierre."

und Brissot ihre geistigen Führer, in M^me^ Robert[1]) ihre mächtige Beschützerin fand. Robespierre vermied jede Berührung mit dieser Partei, nicht nur, weil sie unpopulär[2]) war, sondern vor allem wohl deshalb, weil er in diesen Republikanern seine persönlichen und politischen Gegner fand. Die Sache dieser Faktion fördern, war in seinen Augen gleichbedeutend mit einer Stärkung der Macht seiner Feinde. Vielmehr suchte Robespierre die Partei der Republikaner zu isolieren, sie bei der Pariser Bevölkerung in Mißkredit zu bringen oder sie im Parlament selbst mit den „factieux" zu identifizieren, die nur Unfrieden im Volke säten.[3]) Er bezichtigte sie sogar aristokratischer und hochverräterischer Umtriebe. Für Robespierre gehen die Bestrebungen der „Republikaner" im letzten Grunde darauf hinaus, eine absolute Parteiherrschaft unter Führung Condorcets zu begründen; ihre Propaganda für die republikanischen Ideen erscheint ihm nur als Deckmantel persönlicher Bestrebungen. Ja, Robespierre spricht den Girondisten überhaupt jedes Verdienst um die Förderung des republikanischen Staatsgedankens ab. In seinem „Rapport sur l'Être suprême"

---

[1]) Der Versammlungsort der „Republikaner" war der Salon der Madame Robert, welchen Robespierre nicht aufsuchte. „Louise Robert à Monsieur Louvet" (Aul., Hist. polit. S. 109).

[2]) Aulard, Hist. polit. S. 27.

[3]) S. du 14 juillet 1791 (Moniteur): „Qu'on m'accuse, si l'on veut, de républicanisme, je déclare que j'abhorre toute espèce de gouvernement où les factieux règnent." Ferner: Défenseur de la Constitution (Exposition . .): „Le seul mot de république jeta la division parmi les patriotes, donna aux ennemis de la liberté le prétexte qu'ils cherchaient de publier qu'il existait en France un parti qui conspirait contre la monarchie et contre la constitution." (Lapon., Oeuvres de Rob. I S. 321.)

1794[1]) stellt er nämlich die kühne Behauptung auf: „Les chefs des factions qui partagèrent les deux premières législatures trop lâches pour croire à la République (!), trop corrompus pour la vouloir (!), ne cessèrent pas de conspirer pour effacer des coeurs des hommes les principes éternels que leur propre politique les avait d'abord obligés à proclamer." Robespierre nimmt also für sich allein das Verdienst in Anspruch, von jeher ein echter Republikaner gewesen zu sein. Er vergaß aber, daß er, wenn auch im Herzen Republikaner, doch niemals bis zum 22. September 1792 den Mut gefunden hatte, öffentlich für die republikanische Sache zu kämpfen, so wie die Girondisten. Selbst nach dem 10. August 1792, als die Frage einer Verfassungsänderung aktuell geworden war, nimmt er eine abwartende Stellung[2]) ein: Er schweigt sich über die neue Regierungsform aus, ebenso wie seine Kollegen Marat und Danton. Selbst den Titel seiner Zeitung, „Défenseur de la Constitution", behält er noch bei. Erst nachdem die offizielle Erklärung Frankreichs zur Republik am 21. September 1792 erfolgt war, bekannte sich auch Robespierre öffentlich zu dem republikanischen Staatsideale, welchem er bis zum 9. Thermidor treu geblieben ist.

Robespierre entwickelte sich also vom absoluten Demokraten zum demokratischen Republikaner, welcher als Verfechter der Souveränitätstheorie Rousseaus dem Volke eine auf das

---

[1]) vgl. Lapon. Oeuvres de Rob. III. S. 607 ff.

[2]) Das Urteil, welches M. d'Héricault über Robespierre fällt, erscheint in der Tat berechtigt: „Son esprit lent, son cerveau aisément troublé par des appréhensions, et où toute pensée nouvelle ne se présentait jamais qu'avec des formes indécises ou menaçantes, le rendaient rebelle à toute idée survenant brusquement." (vgl. Aulard, Les orateurs de la Législative et de la Convention t. II S. 414.)

Einkammersystem[1]) gegründete Verfassung mit allgemeinem direktem Wahlrechte[2]) sowie obligatorischem Referendum[3]) verleihen will. Gerade dieses letztere Recht des Volkes, welches Robespierre verfassungsmäßig verbürgt wissen möchte, erscheint ihm besonders wichtig, weil dadurch das „Volk" (d. h. der Jakobiner) in hervorragender Weise an der Gesetzgebung mitwirkt. Die Gesetze aber bilden den Kern des Staates und seinen wahren Inhalt. Die Begriffe Monarchie, Republik sind für Robespierre von sekundärer Bedeutung; sie sind leere Formen („noms vagues et insignifiants" Aulard, Hist. polit. S. 149), welche des wahren Inhalts bedürfen: „Est-ce dans les mots de république ou de monarchie que réside la solution du grand problème social? Sont-ce les définitions inventées par les diplomates pour classer les diverses formes du gouvernement qui font le bonheur et le malheur des nations ou la combinaison des lois et des institutions qui en constituent la véritable nature?" (Défenseur de la Constit.-Exposition s. o.).

Die Gesetze, Gebräuche, Gewohnheiten bilden den Grundstock des Staates, dessen äußere Form die politische Verfassung ist. Zweifellos ist hier der Einfluß Rousseaus auf Robespierre bemerkbar. Hat doch jener immer auf die Be-

---

[1]) S. du 15 juin 1793 (Moniteur): „Un peuple qui a deux espèces de représentation cesse d'être un peuple unique. Une double représentation est le germe du fédéralisme."

[2]) Défenseur de la Constitution No. 12 (Aulard, Hist. polit. S. 256).

[3]) Déclaration des droits de l'homme (projet de Robespierre) art. XIX: „Tous les citoyens ont un droit égal à concourir à la formation de la loi." (Lapon., Oeuvres III S. 358.) Ferner: S. du 10 mai 1793 (sur la Constitution) à la Convention (Moniteur).

deutung der Gesetze für den Staatskörper hingewiesen.[1]) Robespierre bringt genau die Ideen Rousseaus[2]) zum Ausdrucke, wenn er sagt: „Les lois sont les conditions et le lien de la société" (Défens. no. 4 — Lapon. I), oder „La loi est l'expression libre et solennelle de la volonté du peuple" (passim).

Das Ziel aller Gesetzgebung ist für Robespierre wie für Rousseau persönliche und politische Freiheit. Ausgehend von dem Leitmotive Rousseaus, daß der Mensch frei geboren und doch überall gebunden sei (Contr. social I, 1), fordert Robespierre[3]) freie Betätigung der individuellen Kräfte.

Demgemäß beansprucht er das Recht der freien Meinungsäußerung, sei es auf mündlichem, sei es auf schriftlichem Wege, für jeden Staatsbürger; d. h. für jeden „guten Patrioten" oder gesinnungstüchtigen Jakobiner; denn wenn er auch feierlich das Recht der freien Meinungsäußerung allen Bürgern zugesteht, wie z. B. am 19. März 1791 in der Nationalversammlung oder in seiner ebenfalls 1791 erschienenen Broschüre, „Sur la liberté de la presse",[4]) so hat er doch andererseits am 11. März 1792 und am

[1]) Rousseau, u. a. Lettre à M. Pictet 1764. Lettre à M. Philopolis, 248. Economie politique: „Les lois et les coutumes sont le cerveau, principe des nerfs et siège de l'entendement, de la volonté et des sens, dout les juges et magistrats sont les organs."

[2]) Rousseau, Contrat social II, 6, III, 12; Lettre de la Montagne VI.

[3]) Robespierre: Wörtliche Anlehnung an R.' Gedanken: S. du 10 mai 1793 (Monit.). Ferner: S. du 7 mai 1794 (Monit.): Aus der Geschichte wird der Beweis zu erbringen gesucht, daß der Mensch geknechtet sei.

[4]) Discours sur la liberté de la presse 1791 (Hamel I S. 459). S. du 19 mars 1791: „On ne peut infliger aucune peine pour des écrits . . . aucun citoyen ne peut être soumis à des peines pour ses discours."

16. Juni 1793 diejenigen Schriften bekämpft, deren Tendenz den jakobinischen Maximen zuwiderlief, und ihre Ausrottung gefordert. Die Presse der „schlechten Bürger“ [1]) wird also in Wirklichkeit von Robespierre geknebelt, die Preßfreiheit der Jakobiner aber in jeder Weise verteidigt, schon aus dem leicht begreiflichen Grunde, weil Robespierre der jakobinischen Feder bedurfte, um die Volksmasse in Paris und in der Provinz in seinem Interesse zu bearbeiten.

Die Gunst der Menge wußte er sich in erhöhtem Maße zu erringen, als er ihr außer persönlicher Freiheit auch politische Freiheit verhieß und ihr freie Ausübung der politischen Rechte zusicherte; denn für Robespierre kann es ohne den Genuß politischer Rechte auch keine persönliche Freiheit geben.

Die persönliche und politische Freiheit des Bürgers bedarf aber staatlichen Schutzes, wenn sie nicht illusorisch werden soll. Daher zieht Robespierre mit Rousseau [2]) die Folgerung, daß die Gesetzgebung als letztes Ziel die bürgerliche Freiheit erstreben müsse: „Sans la liberté civile la liberté politique n'est qu'une chimère ou plutôt celle-ci n'a d'autre objet que d'assurer l'autre“ (Défenseur de la C. 2. Lapon. Oeuvr. I).

Mit der Forderung nach persönlicher, politischer und bürgerlicher Freiheit verbindet Robespierre die Forderung nach politischer Gleichheit, indem er auch hier dem Beispiele Rousseaus [3])

---

[1]) Die nichtjakobinischen Schriftsteller sind für Robespierre „écrivains mercennaires qui égarent le peuple par des impostures journalières et impudences. Que conclure de là? Qu'il faut proscrire les écrivains comme les plus dangereux ennemis de la patrie.“ Espèce de catéchisme de Robespierre écrit de sa main; Papiers inédits no. 43).

[2]) Rousseau, Contrat social I, 8.

[3]) Rousseau, Contrat social I, 9; Discours sur l'inégalité.

folgt. Darum will er den Rousseauschen Grundsatz: „Gleichheit aller vor dem Gesetze“ zum Maßstabe seiner Politik machen. Und doch hat gerade Robespierre, der wie kein anderer an dieses Prinzip appellierte, eben diesen Grundsatz schnöde verletzt, als er das Revolutionstribunal errichtete.

Dagegen folgte er seinem Gleichheitsprinzipe, als er am 12. Mai 1791 auch die Mulatten („hommes de couleur“) für politisch gleichberechtigt[1]) erklärte und das Projekt bekämpfte, welches die Ausübung des allgemeinen direkten Wahlrechts an einen bestimmten Zensus („marc d'argent“) knüpfte. Ohne Rücksicht auf Stand oder Vermögen soll der Staatsbürger von diesem Rechte Gebrauch machen können: „D'après les principes de vos comités, nous devions rougir d'avoir élevé une statue à J.-J. Rousseau, parce qu'il ne payait pas le marc d'argent“ (S. du 11. août 1791, Moniteur).

Der Schwerpunkt dieses Egalitätsprinzips liegt aber darin, daß es von Robespierre wie von Rousseau auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen wird. Damit greifen wir hinüber auf die **sozialen, beziehentlich sozialökonomischen Anschauungen** beider Männer.

II, 1. Rousseau und Robespierre sind Anhänger des Sozialprinzips. Nicht das Individuum, sondern das sozialisierte Ganze ist oberster Zweck im Staatsleben. Das Wohl der Gesellschaft fordert eine möglichst gleiche Güterverteilung, welche herbeizuführen, Aufgabe des Gemeinwesens ist. Wenn aber Rousseau und Robespierre für die ökonomische Gleichheit eintreten, so müssen wir, ehe wir auf deren Begriff ein-

---

[1]) Robespierre hat dagegen nirgends die politische Gleichberechtigung der Frauen befürwortet. Er hat z. B. verboten, daß Frauen und Minderjährige Petitionen unterschreiben (Aulard, Hist. polit. S. 150 Anm.).

gehen, zunächst die Frage aufwerfen: „Wie verhalten sich beide zum Privateigentume?“

Was Rousseau betrifft, so sind seine Anschauungen vom Privateigentume verschieden ausgelegt worden. Darum erscheint es angebracht, sich über Rousseaus Auffassung eingehender Klarheit zu verschaffen, ehe sein Einfluß auf Robespierre dargelegt wird.

Bekannt ist jene Stelle im „Discours sur l'origine de l'inégalité parmi les hommes“, worin das Privateigentum verurteilt wird: „Le premier qui, ayant enclos un terrain, s'avisa de dire ceci est à moi, et trouva des gens assez simples pour le croire, fut le vrai fondateur de la société civile. Que de crimes, de guerres, de meurtres, de misères et d'horreurs n'eût point épargnés au genre humain celui qui, arrachant les pieux ou comblant le fossé, eût crié à ses semblables: „Gardez-vous d'écouter cet imposteur; vous êtes perdus, si vous oubliez que les fruits sont à tous, et que la terre n'est à personne!“

Damit verdammt Rousseau das Privateigentum, aber er macht einen bemerkenswerten Zusatz, der seine Anschauung in ein anderes Licht rückt; er fährt fort: „Mais il y a grande apparence qu'alors les choses en étaient déjà venues au point de ne pouvoir plus durer comme elles étaient.“ Hieraus folgt, daß sich Rousseau eine Gesellschaft ohne Privateigentum nicht denken konnte. Er erblickt vielmehr in ihm eine die soziale Ordnung in hervorragendem Maße fördernde Kraft: denn die Bildung des Privateigentums wecke das Bedürfnis nach einer schützenden Staatsgewalt. So wird das Eigentum eine Hauptstütze und ein Grundpfeiler des Staates. „Il est certain,“ sagt Rousseau in dem Aufsatze über politische Ökonomie, „que le droit

de propriété est le plus sacré de tous les droits des citoyens, et plus important à certains égards que la liberté même; soit parce qu'il tient de plus près à la conservation de la vie, soit parce que les biens étant plus faciles à usurper et plus pénibles à défendre que la personne, on doit plus respecter ce qui peut se ravir plus aisément, soit enfin parce que la propriété est le vrai fondement de la société civile et le vrai garant des engagements des citoyens."[1])

Rousseau ließ sogar das Erbrecht unangetastet und begründete das erstens damit, daß die Kinder, da sie oft durch ihre Arbeit zur Vermehrung des väterlichen Vermögens beigetragen hätten, somit von vornherein an dem Eigentumsrechte des Vaters beteiligt wären, zweitens damit, daß nichts so sehr den Sitten und dem Staate verhängnisvoll wäre, als der ständige Wechsel in den Vermögensverhältnissen der Bürger, Veränderungen, welche mannigfache Umwälzungen und Unruhen im Staatsleben hervorriefen (Ec. pol.). Rousseau läßt also die Vererblichkeit der Güter zu, weil er jedem die Frucht seiner Arbeit sichern, den Staat im ganzen vor Erschütterungen bewahren will. Nun bedeutet aber das Festhalten am Erbrechte eine starke Konsolidierung des Privateigentums.

Das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln, d. h. der Kommunismus, wird von Rousseau nur einmal im „Contrat social" I, 9 als gegebenenfalls realisierbare Wirtschaftsform angesehen. Diese Möglichkeit kann nach Rousseau nämlich nur dann eintreten, wenn sich die Menschen, ehe sie etwas besitzen, vereinigen, um dann nach Erwerbung eines Gebietes dieses gemeinschaftlich zu nutzen oder unter sich zu

---

[1]) Auch an anderer Stelle in der Ec. politique: „Le fondement du pacte social est la propriété."

teilen. Dies ist die einzige Äußerung Rousseaus, welche den wirtschaftlichen Kommunismus streift. Darum kann man auf Grund dieses Zeugnisses allein Rousseau und seine Schüler nicht als Anhänger der Gütergemeinschaft hinstellen, wie es Dietzel[1]) tut; denn die bisher angeführten Zeugnisse aus Rousseaus Schriften beweisen das Gegenteil. Rousseau ist eben nicht Kommunist, sondern Sozialist, sofern er das Privateigentum, auch insoweit es als Mittel der Produktion in Betracht kommt, zwar nicht aufheben, wohl aber stets dem Staatsganzen unterordnen will; denn „l'Etat à l'égard de ses membres est maître de tous leurs biens[2]); le souverain peut légitimement s'emparer des biens de tous comme cela se fit à Sparte aux temps de Lycurgue."[3]) So wird folgender Satz zum Prinzipe erhoben: „Le droit que chaque particulier a sur son propre fonds, est toujours subordonné au droit que la communauté a sur tous."[4]) Nach dieser Auffassung ist der Privateigentümer nur der Bewahrer des Staatsgutes und muß daher jederzeit dieses zurückerstatten, sobald es das Staatsinteresse erfordert.

Rousseaus Anschauung deckt sich hierin völlig mit der Robespierres[5]) welcher ebenfalls den Staat gewissermaßen als Obereigentümer ansieht. Dafür übernimmt aber der Staat den Schutz des Privateigentums, welches Robespierre folgendermaßen definiert: „La propriété est le droit qu'a chaque citoyen de jouir et disposer de la portion de biens qui

---

[1]) Dietzel, Handwörterbuch für Staatswissenschaft Bd. 4 „Individualismus".

[2]) Rousseau, Contr. soc. I, 9.

[3]) Rousseau, Émile V.

[4]) Rousseau, Contr. soc. I, 9.

[5]) Sur le droit de tester 1791 (Hamel, Hist. de Rob. I, 402).

lui est garantie par la loi. — Le droit de propriété est borné, comme tous les autres, par l'obligation de respecter les droits d'autrui."[1]) In der Sitzung vom 24. April 1793, in welcher er seinen Entwurf der Erklärung der Menschenrechte dem Konvente vorlegt, läßt er keinen Zweifel darüber bestehen, daß er am Privateigentume festhalten will. Er sagt: „Que ce mot (la propriété) n'alarme personne. Âmes de boue! qui n'estimez que l'or, je ne veux point toucher à vos trésors quelque impure qu'en soit la source."[2]) Schon am 2. Dezember 1792 erklärte Robespierre im Nationalkonvente: „Je ne leur (aux riches et à tous les propriétaires) ôte aucun profit honnête, aucune propriété légitime." Da aber Robespierre den Eigentümern die Früchte ihrer Arbeit zuerkennt, so rechnet er auch mit der unausbleiblichen Folge, daß die Vermögen je nach der Tüchtigkeit und dem Gewerbefleiße der Individuen einer mehr oder weniger starken Differenzierung unterliegen. Er sieht in dieser naturgemäßen Entwickelung ein notwendiges, aber unheilbares Übel[3]): „Je ne vous envie point le partage avantageux que vous avez reçu, puisque cette inégalité est un mal nécessaire ou incurable."

Robespierre sucht diesem Übelstande, der Ungleichheit der Vermögen, ebensowenig wie Rousseau dadurch zu steuern, daß er den Staat auf wirtschaftlichen Kommunismus gründen will. Er verweist das Projekt, eine Güteraufteilung und Gütergemeinschaft herbeizuführen, in das Reich der Chimäre. Im „Défenseur de la Constitution" no. 4 erklärt er: „La com-

---

[1]) Déclaration des droits de l'homme art. VII, VIII (Lapon. Oeuvr. III S. 357).

[2]) Discours sur la propriété 24 avril 1793 (Moniteur).

[3]) Discours sur le marc d'argent 1791 (Lapon. Oeuvr. I, 158).

munauté est encore plus visiblement chimérique parmi nous; comme s'il était un seul homme doué de quelque industrie dont l'intérêt personnel ne fût pas contrarié par ce projet extravagant!"

Wir finden diese Anschauung bestätigt, wenn wir Robespierres ablehnende Stellung dem Ackergesetze (loi agraire) gegenüber beobachten. Ein derartiges, die sozialen Grundlagen der Gesellschaft von Grund auf umstürzendes Projekt hält er für unzeitgemäß, gefährlich und ungerecht,[1]) nur geeignet, die Bürger aller Klassen unnötig zu erschrecken: „Les perfides ennemis de la Révolution n'avaient-ils pas poussé la mauvaise foi jusqu'à chercher à épouvanter les citoyens aisés de toutes les classes par le fantôme d'une loi agraire tellement chimérique, tellement absurde parmi nous que le cerveau même le plus délirant ne pouvait en concevoir l'idée." [2])

Robespierre ist also weit entfernt, sein Wirtschaftsideal auf kommunistischer Basis aufzurichten, da er dann Abschaffung des Privateigentums verlangen müßte. Wie wollen aber Rousseau und Robespierre auf dem Boden des Privateigentums ökonomische Gleichheit herbeiführen? Der Lösung dieses Problems haben beide, Rousseau wie Robespierre, eingehende Beachtung geschenkt, ruht doch hierin der Angelpunkt ihres Systems.

Was zunächst die Forderung nach ökonomischer Gleichheit betrifft, so stimmen Rousseau und Robespierre in ihren Anschauungen völlig überein; d. h. sie wollen durch Ausgleichung der sozialen Extreme einen kräftigen Mittelstand

---

[1]) Défenseur de la Constitution no. 4 (Lap. Oeuvr. I) ... „un projet injuste, dangereux et impraticable."

[2]) Observations sur la nécessité de la réunion des hommes de bonne foi contre les intrigants (vgl. Hamel II S. 70).

schaffen, da es dem Staatsinteresse zuwiderlaufen würde, wenn in der Hand eines Eigentümers zu gewaltige Vermögen vereinigt wären.

Rousseau äußert seine Meinung im „Contrat social" I, 9 Anm.: „Dans le fait, les lois sont toujours utiles à ceux qui possèdent, et nuisibles à ceux qui n'ont rien: d'où il suit que l'état social n'est avantageux aux hommes qu'autant qu'ils ont tous quelque chose, et qu'aucun d'eux n'a rien de trop." In ähnlichem Sinne entwickelt er seine Ansicht im 11. Kapitel des 2. Buches: „Voulez-vous donner à l'Etat de la consistance? Rapprochez les degrés extrêmes autant qu'il est possible; ne souffrez ni des gens opulents ni des gueux."

Rousseau will aber keine absolute Vermögensgleichheit herstellen: „A l'égard de l'égalité, il ne faut pas entendre par ce mot que les degrés de puissance et de richesse soient absolument les mêmes, mais, quant à la richesse, que nul citoyen ne soit assez opulent pour en pouvoir acheter un autre, et nul assez pauvre pour être contraint de se vendre" (C. soc. II, 11); denn Reiche wie Arme könnten dem Staate in gleicher Weise verhängnisvoll werden, da die Armen die „Tyrannei befördern", die Reichen und wirtschaftlich Starken die Alleinherrschaft an sich reißen würden. Es bedeutet für Rousseau geradezu den Untergang der demokratischen Regierungsform, sobald eine Minderheit im Staate der Mehrheit des Volkes an Vermögen überlegen ist.[1])

Nur ein wirtschaftlicher Mittelstand ist demnach für das Gemeinwesen ersprießlich; er allein macht die Kraft eines

[1]) Lettre à d'Alembert 1758: „Dans une démocratie, sitôt que le plus petit nombre l'emporte en richesses sur le plus grand, il faut que l'Etat périsse ou change de forme."

Staates aus: „Il faut rapprocher toutes les fortunes de cette médiocrité qui fait la véritable force d'un Etat.“ [1])

Es ergibt sich aus diesen Ausführungen unter gleichzeitiger Berücksichtigung des speziell zu Rousseaus Zeit bestehenden und fortschreitenden Wirtschaftslebens, daß Rousseau die Macht des Kapitals zurückdrängen möchte zugunsten einer Wirtschaftsform, welche die auf mittlerem Betriebe beruhende Erwerbstätigkeit fördert. Er sucht also der Herrschaft des Kapitals, welche sich im Ausgange des 18. Jahrhunderts anbahnte, vorzubeugen, ohne doch ebensowenig wie Robespierre und die andern Revolutionäre diese unter den damaligen wirtschaftlichen Bedingungen notwendige Entwicklung aufhalten zu können.

Robespierre vertritt in der Tat dieselben sozialökonomischen Anschauungen wie Rousseau, und sein soziales Programm enthält daher die Rousseausche Forderung nach ökonomischer Gleichheit, die durch Nivellierung der Vermögen im Sinne seines Meisters erzielt werden soll. Die zu große Ungleichheit [2]) der Vermögen übe eine demoralisierende Wirkung auf das Volk aus: „Les grandes richesses corrompent et ceux qui les possèdent et ceux qui les envient. La vertu est en horreur.“ [3])

Gleichwohl erklärt er einmal im „Défenseur de la Constitution“ no. 4 die Gütergleichheit in der gegenwärtigen bürgerlichen

---

[1]) Economie politique; Lettre de la Montagne t. II.

[2]) Sur le droit de tester 1791 (Hamel I, 402): „La trop grande inégalité des fortunes est la source de l'inégalité politique, de la destruction de la liberté“ (vgl. dazu Rousseau, Contrat social II, 11 Anm.). Ferner S. du 24 avril 1793 (Monit.): „L'extrême disproportion des fortunes est la source de bien des maux et de bien des crimes“ u. passim.

[3]) „Sur le droit de tester.“

Gesellschaft für unmöglich,[1]) da jene Gütergemeinschaft bedinge, und am 24. April 1793 führt er aus: „L'extrême disproportion des fortunes est la source de bien des maux; mais nous n'en sommes pas moins convaincus que l'égalité des biens est une chimère." Diese Äußerung ist aber kaum für Ernst zu nehmen, zumal Robespierre erläuternd hinzusetzt: „Pour moi, je la (égalité des biens!) crois moins nécessaire encore au bonheur privé qu'à la félicité publique." Er hält also die Gütergleichheit im Interesse des Staatsganzen für notwendig, eine Anschauung, die seinem und Rousseaus Sozialprinzipe durchaus entsprach.

Dieser Ausspruch Robespierres: „Die Gleichheit der Güter ist eine Chimäre,"[2]) läßt sich aber sehr wohl dahin interpretieren, daß man sagt: „Die absolute Gütergleichheit ist unmöglich und daher eine Chimäre." Dies war auch die Anschauung Rousseaus, und es wird auch Robespierre eben nur auf die Herstellung einer relativen Gleichheit der Vermögen ankommen.

Welche Mittel sind aber nötig, um der sozialen Forderung nach relativer ökonomischer Gleichheit gerecht zu werden?

Rousseau[3]) und Robespierre sind darüber einig, daß Staat und Gesetze eingreifen müssen, um die sozialen Extreme

---

[1]) Défenseur de la Constitution no. 4 (Lapon.): „L'égalité des biens est essentiellement impossible dans la société civile, qu'elle suppose nécessairement la communauté."

[2]) Aulard (Hist. polit. S. 290) gibt folgende einleuchtende Erklärung: „L'égalité des biens est une chimère." Ce n'était qu'une précaution oratoire pour arriver à reprocher aux auteurs du projet de ne pas avoir dit de la propriété ce qui avait été dit de la liberté „qu'elle a pour bornes les droits d'autrui."

[3]) Rousseau, Contrat social II, 11: „La force des choses tend toujours à détruire l'égalité; la force de la législation doit toujours tendre à la maintenir."

auszugleichen. Im Sinne Rousseaus (Ec. pol.) ist es gesprochen, wenn Robespierre ausruft: „Vous n'avez rien fait pour le bonheur public, si toutes vos lois, si toutes vos institutions ne tendent pas à détruire cette trop grande inégalité des fortunes" (Sur le droit de tester 1791 s. Hamel).

Der Steuergesetzgebung soll in erster Linie die Aufgabe zufallen, auf sozialem Gebiete Wandel zu schaffen. Robespierre empfiehlt demgemäß, Rousseaus[1]) Beispiele folgend, die progressive Vermögenssteuer; und zwar wünscht er ganz im Sinne der Wirtschaftslehre des ausgehenden 18. Jahrhunderts eine progressive Besteuerung der Untertanen im Verhältnis zu den Genüssen und Vorteilen, welche der einzelne vom Staate genießt, so daß diese Steuer, der Vertragstheorie entsprechend, die Gegenleistung für die Leistung des Staates, den Preis für die Staatsgüter bildet. Robespierre äußert sich über die Frage der Steuergesetzgebung folgendermaßen:[2]) „Vous parlez aussi de l'impôt pour établir le principe incontestable qu' il ne peut émaner que de la volonté du peuple ou de ses représentants; mais vous oubliez de consacrer la base de l'impôt progressif. Or en matière de contributions publiques, est-il un principe plus évidemment puisé dans la nature des choses et dans l'éternelle justice que celui qui impose aux citoyens l'obligation de contribuer, aux dépenses publiques progressivement, selon l'étendue de leur fortune, c'est à dire selon les avantages qu'ils retirent de la société?"[3])

---

[1]) Rousseau, Economie politique.

[2]) Robespierre, Discours sur la propriété (S. du 24 avril 1793 — Moniteur).

[3]) Vermutlich hat auch Montesquieus Äquivalenztheorie Robespierres Stellung zur Steuergesetzgebung maßgebend mitbestimmt (Esprit des lois XIII 7).

Das Existenzminimum lassen Rousseau[1]) und Robespierre[2]) steuerfrei. Letzterer hat allerdings, soweit die Besteuerung des Existenzminimums[3]) in Betracht kommt, seine Anschauung geändert. Am 17. Juni 1793 widerruft er die Steuerbefreiung der ärmsten Bürger mit der Begründung, eine derartige Maßnahme müsse von den Armen als Beleidigung aufgefaßt werden. Er stellt seine am 24. April 1793 geäußerte Ansicht als einen Irrtum hin: „J'ai partagé un moment l'erreur de Ducos; je crois même l'avoir écrite quelque part, mais j'en reviens aux principes, et je suis éclairé par le bon sens du peuple qui sent que l'espèce de faveur qu'on lui présente n'est qu'une injure. En effet, si vous décrétez surtout constitutionnellement que la misère excepte de l'honorable obligation de contribuer aux besoins de la patrie, vous décrétez l'avilissement de la partie la plus pure de la nation. — Il s'établirait une classe de prolétaires, et l'égalité et la liberté périraient pour jamais."

Seine Rede gipfelt daher in der Forderung, erstens die Steuerpflicht aller Bürger gesetzlich festzulegen, zweitens dem Staate die Verpflichtung aufzuerlegen, den Armen zu unterstützen, damit er sein Scherflein zur Bestreitung der

---

[1]) Rousseau, Ec. polit.: „Celui qui n'a que le simple nécessaire, ne doit rien payer du tout; la taxe de celui qui a du superflu, peut aller au besoin jusqu'à la concurrence de tout ce qui excède son nécessaire."

[2]) Robespierre, Discours sur la propriété 24 avril 1793 (s. oben).

[3]) Übrigens finden wir bei Robespierre noch keine scharfe Scheidung zwischen Einkommen und Vermögen im heutigen Sinne. Wie allmählich sich die Loslösung des Einkommenbegriffs vom heutigen Vermögensbegriffe vollzogen hat, darüber vergleiche man Bücher „Zwei mittelalterliche Steuerordnungen" (Festschrift zum Leipziger Historikertag 1894).

Staatskosten beitragen könne.[1]) Indem aber Robespierre alle Staatsbürger ausnahmslos zur Steuerleistung heranziehen will, spricht er einen Grundsatz aus, den er zwei Monate früher bekämpfte. Wie erklärt sich dieser Meinungswechsel?

Ist es nur ein „Irrtum" Robespierres gewesen, als er für Steuerbefreiung der ärmsten Klasse der Bürger eintrat, oder liegen tiefere Ursachen zugrunde? Robespierres Stellung im politischen Kampfe gibt die nötige Erklärung: Wenn er am 24. April 1793 die Steuerbefreiung der ärmsten Bürger fordert, so sucht er durch diese Forderung, die übrigens seiner sozialistischen Grundanschauung entspricht, das Pariser Proletariat für sich zu gewinnen, dessen er im Kampfe gegen die Girondisten bedurfte. Da diese in ihrem Verfassungsentwurfe die Steuerbefreiung der Armen nicht vorgesehen hatten, ebenso wenig wie eine progressive Vermögenssteuer, so mußte es Robespierre ein Leichtes sein, die Popularität der Girondisten zu erschüttern und den Pöbel für seine eigene Person als den wahren Volksfreund einzunehmen, indem er die Progressivsteuer beantragte. Die Frucht dieser Politik erntete er am 2. Juni 1793 mit dem Sturze der Girondisten.

Wenn Robespierre dann am 19. Juni 1793 wenigstens zum Teil seine Prinzipien verleugnete, so haben wir wohl die Erklärung für den plötzlichen Meinungswechsel in den politischen Verhältnissen zu suchen. Vermutlich bedurfte Robespierre am 19. Juni nach Beseitigung der Girondisten des Pariser Pöbels vorläufig nicht in dem Maße wie zwei Monate zuvor. Im Gegenteil suchte er mit Rücksicht auf Danton und seine Partei sein radikal sozialistisches Programm

[1]) S. du 17 juin 1793 à la Convention (Monit). „Je demande que ce principe soit inséré dans la Constitution que le pauvre qui doit une obole pour sa contribution la reçoive de la patrie pour la reverser dans le trésor public." vgl. auch Art. XXI der franz. Verfassung von 1793.

zu mildern, indem er sich der herrschenden Partei gegenüber zu einem Zugeständnisse verstand und darum sein Projekt, betr. Steuerfreiheit des Existenzminimums, ohne Widerspruch fallen ließ. Daß er am 19. Juni die Progressivsteuer mit keinem Worte erwähnt, läßt nicht ohne weiteres darauf schließen, daß er, wie Aulard[1]) darzustellen sucht, auf die Durchführung seines Programms für immer verzichtet. Vielmehr erscheint die Annahme geboten, daß sich Robespierre durch Erwägungen politischer Natur bestimmen ließ, gerade in jener Zeit mit seinen sozialistischen Anschauungen zurückzuhalten.

Obwohl also die Politik seine sozialistischen Pläne stetig durchkreuzte, hielt er doch als überzeugter Schüler Rousseaus an seinem Programme fest, welches darin gipfelte, ökonomische Gleichheit zu schaffen.

Wie Rousseau erstrebt auch er wirtschaftliche Gleichheit durch Einschränkung des Luxus. Wenn Robespierre auch nicht wie Rousseau einen Zoll auf Luxuswaren legen oder sonst ein Luxusverbot ergehen lassen will, so fordert er doch in flammenden Reden zur Bekämpfung dieses Übels auf.

Robespierre sucht aber ferner durch eine radikale Reform des Erbrechts relative ökonomische Gleichheit herbeizuführen.

Rousseau ließ das testamentarische Erbrecht ohne Einschränkung bestehen. Anders Robespierre. Er will prinzipiell an Stelle des geltenden Familienerbrechts das Erbrecht des Staates setzen.[2]) Allerdings tritt bei Robespierre nicht

---

[1]) Aulard, Hist. polit. de la révol. française S. 302: „Robespierre renonçait à ce socialisme qu'il avait prêché en avril 1793, sans doute en vue de dépopulariser les Girondins." S. 291: „En réalité, Robespierre ne s'était plus rallié au propagandisme qu' au socialisme."

[2]) Sur le droit de tester 1791 (s. v. Hamel): „Les testaments sont l'écueil de la faiblesse et de la crédulité, le signal de la discorde dans les familles."

genügend scharf hervor, ob der Staat Rechtsnachfolger des Universalvermögens oder nur des Vermögens von Grund und Boden sein will. Letztere Annahme verdient aber den Vorzug; Robespierre sagt nämlich: „L'homme peut-il disposer de cette terre (Grundstück) qu' il a cultivée lorsqu' il est lui-même réduit en poussière? Non, la propriété (Grundeigentum) de l'homme après sa mort doit retourner au domaine public de la société.“[1])

Wenn also auf Grund dieses Zeugnisses der Staat Erbe des unbeweglichen Vermögens ist, so entsteht die Frage: „Wer erbt das Mobiliarvermögen? Hat der Erblasser das Recht, über diesen Teil des Vermögens von Todes wegen zu verfügen?“

Robespierre bejaht diese Frage, indem er dem einzelnen Testierfreiheit über einen Teil des Vermögens zugesteht, wenn auch in beschränktem Maße: „Je ne conclus pas que la faculté de tester doive être entièrement anéantie. Je crois que le citoyen peut être le maître de disposer d'une partie de sa fortune pourvu qu' il ne dérange pas le principe d'égalité envers ses héritiers.“

Es ist als gewiß anzunehmen, daß Robespierre mit dem Vermögensteile, über welchen der Erblasser testieren darf, das Mobiliarvermögen meint, nachdem er sich zuvor (s. o.) in fast unzweideutiger Weise über das Vermögen von Grund und Boden geäußert hat. Jedenfalls ergibt sich, daß die Testierfreiheit des einzelnen höchst beschränkt ist; denn erstens darf der Erblasser nur über einen Bruchteil des Gesamtvermögens (das bewegliche Vermögen) verfügen, und zweitens ist er an das Egalitätsprinzip gebunden, insofern er

---

[1]) Sur le droit de tester 1791 (Hamel).

seine gleichberechtigten Nachkommen gleichmäßig bedenken muß[1]): „L'intérêt public est celui de l'égalité. Il faut donc que dans tous les cas l'égalité soit établie dans les successions." [2]) Es ist charakteristisch für die von Robespierre aufgestellte Theorie, daß der Staat gewissermaßen als Obereigentümer auftritt, der in die Rechte des einzelnen erheblich eingreift, indem er das testamentarische Erbrecht nur für einen Bruchteil des Universalvermögens in Geltung läßt.

Wiederum trägt bei Robespierre das Sozialprinzip den Sieg über das Individualprinzip davon. Daß er aber als Anhänger des Sozialprinzips dennoch das Individuum genügend respektiert, wird dadurch bewiesen, daß er dem Individuum das Recht auf Existenz zuerkennt.

Rousseau hatte schon im „Émile" dieses soziale Problem berührt, welches, wie schon früher, besonders aber im 19. Jahrhundert mit dem Siege der sogenannten kapitalistischen Produktionsweise und dem dadurch bedingten Überhandnehmen des Proletariats hohe Bedeutung erlangte.

Indem Robespierre[3]) für jeden Bürger das Recht auf Existenz beansprucht und demgemäß dem Staate die Ver-

---

[1]) Bei der Vererbung des Vermögens soll auch bei Rousseau das Gleichheitsprinzip herrschen: „Les lois concernant les successions doivent toutes tendre à ramener les choses à l'égalité, en sorte que chacun ait quelque chose et personne n'ait rien de trop." vgl. Rousseau, Projet de constitution pour la Corse 2me partie (Streckeisen-Moulton, Oeuvres et correspondance inédite de J.-J. R. S. 119).

[2]) Sur le droit de tester 1791 (s. o.)

[3]) Robespierre, S. du 16 juin 1790 (Monit.); S. du 2 décembre 1792 (ib.): „Quel est le premier objet de la société? C'est de maintenir les droits imprescriptibles de l'homme. Quel est le premier de ces droits? Celui d'exister." Ferner Déclaration des droits de l'homme art. II (Lapon. III S. 356).

pflichtung auferlegt, den Bedürftigen das zum Lebensunterhalte Notwendige zu gewähren, weiß er sicherlich, daß er in den Augen des Pariser Proletariats als Volkswohltäter erscheint, den zu spielen er von jeher bestrebt ist.

Zwei Mittel schlägt er vor, um den Armen zu helfen. Entweder soll der Staat denjenigen, deren Existenz auf dem Spiele steht, die Möglichkeit bieten, durch Arbeit das tägliche Brot zu verdienen, oder im Falle der Arbeitsunfähigkeit den Hilfsbedürftigen Unterstützungen aus der Staatskasse gewähren.[1])

Das Recht auf Existenz fordert zugleich das Recht auf Arbeit.[2])[3]) Robespierre berührt das Recht auf Arbeit, welches eine halbsozialistische Ergänzung der heutigen Privatrechtsordnung ist, nur flüchtig. Er geht in keiner Weise auf Maß und Beschaffenheit der zu leistenden Arbeit ein. Wir erfahren nicht, ob er das Recht auf Berufsarbeit oder das Recht auf gemeine Arbeit fordert, ob er dem Individuum das Recht auf den vollen Arbeitsertrag zuerkennt oder nicht. Nur so viel steht fest: Wer von diesem Rechte auf Arbeit keinen Gebrauch macht, hat keine Existenzberechtigung. Das Recht auf Existenz ist an die Arbeitspflicht gebunden. Rousseau hat schon in der „Economie politique" auf diese hingewiesen, wenn er sagt: „Le troisième devoir du gouvernement n'est pas de remplir les greniers des particuliers et les dispenser du travail, mais de maintenir l'abon-

---

[1]) Robespierre, Déclaration des droits art. XI, XII. Défenseur de la Constit. no. 4 (Lapon.).

[2]) Anerkannt wurde das Recht auf Arbeit bereits in dem berühmten Edikte Turgots vom 12. März 1776. (vgl. Recueil général des anciennes lois françaises von Jourdan, Decrusy und Isambert Bd. 23 S. 370 ff.)

[3]) Rud. Singer, „Das Recht auf Arbeit" in geschichtlicher Darstellung. 1895.

dance tellement à leur portée, que pour l'acquérir le travail soit toujours nécessaire."

Durch die Arbeit soll der Mensch nach Rousseaus Ansicht nicht nur das zum Lebensunterhalte Notwendige, sondern sogar einen gewissen Wohlstand erringen (Ec. polit.). Dieses Ziel hat vermutlich auch Robespierre[1]) vorgeschwebt, als er am 5. Februar 1794 vor dem Konvente sein Programm erläutert: „Nous voulons un ordre de choses, où la patrie assure le bien-être de chaque individu." (Monit.)

Dieser allgemeine Wohlstand wird sich aber, wie Rousseau[2]) und Robespierre überzeugt sind, nur dann einstellen, wenn der Gesetzgeber dem Ackerbau die Hauptfürsorge zuwendet. Was zunächst Rousseau betrifft, so schwebt ihm als Ideal der auf Naturalwirtschaft gegründete Bauernstaat der Spartaner vor. Wird daher der Ackerbau zugunsten des Handels und der Industrie vernachlässigt, so bedeutet dies für Rousseau wirtschaftlichen Niedergang. Anstatt seine Einkünfte durch Förderung der Großindustrie und des Handels zu steigern, soll vielmehr der Staat seine Bedürfnisse einzuschränken suchen.

Rousseau setzt sich mit dieser Lehre in Widerspruch zu den Nationalökonomen seiner Zeit, namentlich zu Adam Smith, dessen physiokratische Lehre die Wichtigkeit der wachsenden Bedürfnisse anerkennt, weil dadurch der einzelne in hervor-

---

[1]) vgl. auch S. du 2 décembre 1792 (s. o.): „La circulation est celle qui met la denrée de première nécessité à la portée de tous les hommes et qui porte dans les chaumières l'abondance et la vie."

[2]) Rousseau, Ec. polit.; Émile: „Le premier et le plus respectable des arts est l'agriculture." Ferner: Considérations sur le gouvernement de Pologne: „Il faut appliquer vos peuples à l'agriculture et aux arts nécessaires de la vie, rendre l'argent méprisable."

ragendem Maße angeregt wird, seine Individualität im Wirtschaftsleben zur Geltung zu bringen und seine Fähigkeiten in mannigfacher Weise zu betätigen.

Rousseau aber, der relative ökonomische Gleichheit als Ziel der Wirtschaftspolitik ins Auge faßt, kann in seinem Idealstaate die Entfesselung aller wirtschaftlichen Kräfte nicht dulden, wäre doch durch die Zulassung der freien Konkurrenz sein Gleichheitsstaat vernichtet. Er fördert daher Industrie und Handel nur insoweit, als sie den Austausch der Mittel zur gegenseitigen Erhaltung und zur Förderung des allgemeinen Wohlseins herbeiführen. Diesen Bedingungen genügt am besten im Sinne Rousseaus der Stand der schlichten Bauern und Handwerker. Es ist charakteristisch für Rousseau und, wie sich zeigen wird, auch für Robespierre, daß beide, obwohl sie das Privateigentum unangetastet lassen wollen, dem Eigentümer nicht gestatten, im wirtschaftlichen Kampfe seine Persönlichkeit durchzusetzen, sondern ihm immer durch das Egalitätsprinzip eine Schranke ziehen, welche das Staatswohl erheischt.

Den gleichen Grundsätzen begegnen wir bei Robespierre. Auch er erblickt in erster Linie im Ackerbau die Quelle des Volkswohlstandes, und den Ertrag der Landwirtschaft zu steigern, bezeichnet er als Hauptziel der staatlichen Wirtschaftspolitik: „Il faut faire partout affluer les subsistances, s'occuper exclusivement de l'agriculture et des moyens d'en multiplier les rapports.“[1]) Die Forderung Robespierres, dem Ackerbau besondere Fürsorge zu widmen, entsprang vermutlich auch dem Wunsche, dem Pariser Pöbel jederzeit Getreide spenden zu können, so wie er es tat, um sich die Gunst der Menge zu sichern. Diese wußte er auch

[1]) Robespierre, S. du 14 juillet 1793 à la Conv. (Hamel III S. 60).

an sich zu fesseln, als er Maximalpreise[1]) für Getreide festsetzte, überhaupt Handel und Gewerbe von Staatswegen regulierte. Eine freie Entwicklung des Handels im Sinne der Physiokraten ist damit bei Robespierre ausgeschlossen, schon darum, weil das physiokratische Prinzip der freien Konkurrenz sehr oft die Existenz der wirtschaftlich Schwachen bedroht. Jedes Gewerbe aber, welches die Existenz des Mitmenschen gefährdet, gilt Robespierre als „unerlaubt und unsittlich".[2])

So werden dem einzelnen von Robespierre ebenso wie von Rousseau Schranken gezogen, die ihm nicht gestatten, von seinen Kräften den Gebrauch zu machen, den ihm seine Macht erlauben würde. Wie so oft bei beiden Männern liegen sozialistische mit individualistischen Anschauungen im Widerstreite, Anschauungen, die, weder nach der einen noch der anderen Seite konsequent entwickelt, im ganzen kein abgeschlossenes System ergeben. Die Grundlehre von der ökonomischen Gleichheit mußte schon deshalb versagen, weil Rousseau und Robespierre, obwohl sie wirtschaftliche Gleichheit proklamierten, dennoch am Prinzipe der Freiheit festhielten. Die Gefahr lag nahe, daß ein seiner Kraft bewußtes Individuum eine seine persönlichen Triebe hemmende Schranke, wie sie durch das Egalitätsprinzip aufgerichtet war, überwand. Um dieser Gefahr vorzubeugen und den Bestand des Gleichheitsstaates aufrechtzuerhalten, galt es für Rousseau, das Individuum in Schranken zu halten. Hier mußte nach seiner Überzeugung, die Robespierre vollkommen teilt,

---

[1]) S. du 2 décembre 1792 (Monit.): „Comment a-t-on pu prétendre que toute règle sur la vente du blé était une atteinte à la propriété?"

[2]) S. du 24 avril 1793 (Monit.): „Tout trafic qui viole ce principe (Freiheit und Existenz des Mitmenschen) est essentiellement illicite et immoral."

die Erziehung einsetzen, um die sozial-politischen Aufgaben lösen zu helfen.

Der Erziehung hat daher Rousseau als fundamentaler Institution seines Gleichheitsstaates die größte Beachtung geschenkt; er hat damit auch auf dem Gebiete der **sozial-ethischen Anschauungen** für Robespierre bahnbrechend gewirkt.

II, 2. Gerade die von Rousseau entwickelten Erziehungsmaximen mußten für Robespierre, der sich als „Regenerator und Lehrer der Welt“ [1]) dünkte, einen trefflichen Maßstab für die von ihm geplante soziale Erziehung abgeben.

Robespierre entwickelt sein Programm am 5. Februar 1794 im Konvente: „Nous voulons substituer dans notre pays un peuple magnanime, puissant, heureux, à un peuple aimable, frivole et misérable, c'est-à dire toutes les vertus et tous les miracles de la république à tous les vices et à tous les ridicules de la monarchie.“ Dieses Ziel hofft er durch Umgestaltung des Menschen zu erreichen. Der Mensch ist von Natur gut; er ist nur durch die Gesellschaft verdorben.[2]) Dies ist die Anschauung Rousseaus und seiner Zeitgenossen. Auch Robespierre ist von der Richtigkeit dieser Ansicht überzeugt: „L'homme,“ sagt er, „est bon, sortant des mains de la nature; quiconque nie ce principe, ne doit point songer à instituer

---

[1]) Bailleul (cité dans les Mémoires de Carnot) I, 516: „Il se croyait un être privilégié, mis au monde pour en devenir le régénérateur et l'instituteur.“

[2]) Rousseau, Discours sur l'inégalité; Émile I; Lettre à M. de Beaumont, 24: „Le principe fondamental de toute morale, sur lequel j'ai raisonné dans mes écrits, est que l'homme est un être naturellement bon, aimant la justice et l'ordre. — La nature a fait l'homme heureux et bon, la société le déprave et le fait misérable.“ Rousseau, juge de Jean-Jacques, troisième entretien, 193.

l'homme".[1]) Daher fordert er mit Rousseau Rückkehr zur Natur, d. h. Loslösung des Menschen von dem sein wahres Wesen entstellenden Kulturfirnisse, um ihn aber dann auf gesunder Grundlage durch Entwickelung der in ihm schlummernden Kräfte zum „sozialen Wesen" und Staatsbürger, d. h. zu seinem Ebenbilde zu erziehen.[2]) Robespierre, erfüllt mit dem Optimismus des Sozialpädagogen, zweifelt keinen Augenblick, daß er dieses letzte und höchste Ziel, aus dem Menschen machen zu können, was ihm beliebt, erreichen wird; denn als Kind der Aufklärung und getreuer Dolmetsch ihrer Ideen ist er der Meinung, die Individuen seien gleichartige Wesen, die man nach freiem Belieben lenken könne. Er teilt den Rousseauschen Irrtum: „Aucun peuple ne saurait être jamais que ce que son gouvernement le ferait être" (Confessions 308), oder „Il est certain que les peuples sont à la longue ce que le gouvernement les fait être; guerriers, citoyens, hommes, quand il le veut; populace et canaille, quand il lui plaît." (Ec. polit.)[3]) Diese abstrakt rationalistische Auffassung ist ja für Rousseau und seine Zeit charakteristisch. Es zeigt sich wiederum, wie schon früher (s. S. 9), daß Rousseau, obwohl er gegen den Rationalismus protestiert und immer auf die realen Bedingungen des Lebens hinweist, sich dennoch den Einflüssen der Aufklärung nicht zu entziehen vermag.

---

[1]) Robespierre, Observations générales sur le projet d'instruction publique proposé à la Convention 1793 (vgl. Lapon. Oeuvr. III S. 189).

[2]) Robespierre, Sur l'instruction publique 1793, (Lapon.): „Si la nature a créé l'homme bon, c'est à la nature qu'il faut le ramener, — le but de la société civile est de développer les facultés naturelles de l'homme pour le bonheur des individus et de la société entière."

[3]) vgl. auch Rousseau, Contr. soc. II, 7.

Daß bei Robespierre vollends das rationalistische Element überwiegt, ist zweifellos, zumal er nicht nur mit Rousseaus Lehre vertraut ist, sondern auch die Ideen der Aufklärung ganz in sich aufgenommen hat.

Von diesen rationalistischen Ideen durchdrungen, drängt Robespierre als Träger einer „göttlichen Mission“ [1]) dem Volke seine aus Rousseau geschöpften Erziehungsmaximen auf, welche, um mit diesem zu reden, das Volk „zwingen werden, frei zu sein“.[2])

Rousseau vertritt allerdings im „Émile“ individuelle Erziehung, während sich Robespierre für die öffentliche Erziehung entscheidet. Robespierre nimmt nicht das im „Émile“ [3]) vertretene Erziehungssystem, welches sogar einen aristokratischen Zug trägt, zum Vorbilde, sondern Rousseaus „Considérations sur le gouvernement de Pologne“.

Diese Abhandlung hat vermutlich Robespierres pädagogische Anschauungen maßgebend bestimmt, da hier Rousseau einem reformbedürftigen Volke praktische Ratschläge erteilt. Die öffentliche Erziehung wird in diesem Aufsatze empfohlen und bis ins Detail für die polnische Jugend durchgeführt. Auch im „Discours sur l'Economie politique“ wird die öffentliche Erziehung als Staatsmaxime proklamiert: „L'éducation publique sous des règles prescrites par le gouvernement et sous des magistrats établis par le souverain, est une des maximes fondamentales du

---

[1]) Robespierre, S. du 8 mars 1793 (Monit.): „C'est bien une mission divine que celle de créer la liberté.“

[2]) Rousseau, Contr. soc. I, 7.

[3]) Rousseau, Émile I. Rousseaus Emil stammt aus reicher Familie. Ferner soll Emil in erster Linie zum Menschen, nicht so sehr zum Staatsbürger erzogen werden. Die soziale Verderbnis hat Emil kein Vaterland gegeben. Die „éducation domestique“ oder „éducation de la nature“ steht hier im Gegensatze zur „éducation publique“.

gouvernement populaire ou légitime. Partout où la leçon n'est pas soutenue par l'autorité, l'instruction demeure sans fruit." Ebensowenig, wie man die Vernunft allein über die Pflicht der Menschen entscheiden lasse, dürfe man der Einsicht und den Vorurteilen der Väter die Erziehung der Kinder überlassen, zumal dieselbe für den Staat noch wichtiger sei als für die Väter. „L'autorité publique, en prenant la place des pères et se chargeant de cette importante fonction, acquiert leurs droits en remplissant leurs devoirs. Ils auront en commun, sous le nom de citoyens, la même autorité sur leurs enfants qu'ils exerçaient séparément sous le nom de pères." (Ec. polit.)

Dank dieses Erziehungssystems wird das Band zwischen Eltern und Kindern gelöst. Der Staat greift im Interesse des Ganzen bedeutend in die Rechte des Individuums ein. Dieses Ziel Rousseaus, das individuelle Moment auf dem Gebiete der Erziehung auszuscheiden, wie er es im „Discours sur l'Economie politique" und in den „Considérations sur le gouvernement de Pologne" empfiehlt, schwebt auch Robespierre vor, wenn er in seiner am 7. Mai 1794 im Konvente gehaltenen Rede (vgl. Moniteur) erklärt: „La patrie a seule le droit d'élever ses enfants; elle ne peut confier ce dépôt à l'orgueil des familles, ni aux préjugés des particuliers, aliments éternels de l'aristocratie et d'un fédéralisme domestique qui rétrécit les âmes en les isolant et détruit avec l'égalité tous les fondements de l'ordre social."

Daß diese Nationalerziehung für alle die gleiche[1]) sein

[1]) Robespierre, S. du 7 mai 1794 (Monit.): „Vous sentirez la nécessité de rendre l'éducation commune et égale pour tous les Français. Il ne s'agit plus de former des messieurs, mais des citoyens." Rousseau, Consid. s. le gouv. de Pologne chap. IV.

muß, bedarf keiner Erwähnung. Robespierre ist aber weit davon entfernt, seinen Erziehungsplan zu detaillieren. Diese Aufgabe überläßt er anderen, wie z. B. St. Just und Michel Lepeletier de Saint Fargeau. „Citoyens, je pourrais aussi vous tracer des plans détaillés d'éducation, je pourrais disserter, et sur la nécessité des lumières que personne ne conteste, et sur l'utilité de la lecture et de l'écriture ... et même sur le rang que chacun de ces objets doit occuper dans la hiérarchie des écoles publiques ..., mais avant de s'occuper des détails, il faut combiner le plan et surtout établir les principes: avant d'instituer le peuple, il faut le conserver et le constituer." [1]) Robespierre kommt es also nicht so sehr darauf an, ein abgeschlossenes Erziehungssystem zu entwickeln, als vielmehr ganz allgemein die Grundsätze aufzustellen, welche durch bewährte Erzieher,[2]) d. h. im Sinne Robespierres gute Jakobiner, der Jugend von früh auf eingeimpft werden sollen. So sollen die französischen Knaben im Geiste der Prinzipien der Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit erzogen werden. Demgemäß soll die Erklärung der Menschenrechte die Grundlage des Leseunterrichts bilden. Vor allem aber soll die französische Jugend zur Tugend („vertu") erzogen werden. Die Idee der „vertu", eine allgemeine Aufklärungsidee, bildet für Rousseau und Robespierre den Grundstein, auf dem das republikanische Staatsgebäude ruht. „L'âme de la république,

[1]) Robespierre, Observations générales sur le projet d'instruction publique (Lapon. III, 189).

[2]) Robespierre beantwortet die Frage nach dem besten Erzieher folgendermaßen: „Le meilleur précepteur sera le philosophe indépendant, étranger aux amorces de l'ambition et aux séductions du pouvoir; ce sera le citoyen persécuté par l'injustice du gouvernement; ce sera le père de famille qui gémit dans l'oppression et dans la misère" (Sur le projet d'instruction publ. Lapon. III, 189).

c'est la vertu, c'est à dire l'amour de la patrie, le dévouement magnanime qui confond tous les intérêts privés dans l'intérêt général.“ [1]) Dieses Leitmotiv kehrt bei Robespierre oft wieder, und man kann mit Hegel [2]) sagen, daß es Robespierre „mit der Tugend Ernst gewesen ist.“

Wie soll sich aber diese Tugend äußern? Rousseau entwickelt seine Anschauung über die „vertu“ in dem Aufsatze über politische Ökonomie. Hiernach soll die Tugend in der Übereinstimmung des Willens der einzelnen mit dem Gesamtwillen bestehen.[3]) Das Privatinteresse soll hinter dem Wohle des Staatsganzen zurücktreten, das Individuum in der Gesamtheit aufgehen, indem es sich nur als Teil des großen Ganzen fühlt.[4]) Wiederum zeigt sich Rousseau als Vertreter des Sozialprinzips.

Robespierre folgt seinem Meister, indem er die Gedanken Rousseaus in seinem Berichte vom 17. Pluviôse 1794 (Mon.) zum Ausdrucke bringt: „Tout ce qui tend à concentrer les passions humaines dans l'abjection du moi personnel doit être rejeté ou réprimé.“ Es gilt, die Privatinteressen zu vernichten, dem Individuum die Mittel zur Absonderung

---

[1]) Robespierre, Lettre à ses commettants no. 1 (26. sept. 1792) (Lapon. II S. 90) und passim.

[2]) Hegel, Philosophie der Geschichte S. 539: „Von Robespierre wurde das Prinzip der Tugend als das Höchste aufgestellt, und man kann sagen, es sei diesem Menschen mit der Tugend Ernst gewesen.“ Schlosser, Geschichte des 18. Jahrhunderts Bd. 2 S. 480.

[3]) vgl. auch Rousseau, Contrat social IV, 1, 2.

[4]) Rousseau, Émile I: „Les bonnes institutions sociales sont celles qui savent le mieux dénaturer l'homme, lui ôter son existence absolue pour lui en donner une relative, et transporter le moi dans l'unité commune, en sorte que chaque particulier ne se croie plus un, mais partie de l'univers, et ne soit plus sensible que dans le tout.“

zu entziehen, seine Vorurteile und Sonderbestrebungen zu unterdrücken, kurz, das Individuum mit dem Staate zu verknüpfen.[1]) Schon Rousseau hat Robespierre gezeigt, wie der einzelne an den Staat so gefesselt wird, daß er dem Wohle des Ganzen alle persönlichen Interessen hintansetzt, und als Schüler Rousseaus[2]) erklärt Robespierre Erweckung der Vaterlandsliebe und Pflege des nationalen Gedankens als Hauptaufgabe der Erziehung, da die Vaterlandsliebe das Ergebnis aller Tugenden sei.[3])

Was Rousseau zunächst betrifft, so soll nach ihm die Erziehung schon in den Jahren der Unmündigkeit darauf hinwirken, daß die heranwachsende Jugend nicht in der Scholle und ihren Bewohnern, sondern in den Gesetzen, Sitten und Gewohnheiten, vor allem aber in der regen Wechselwirkung zwischen dem Staate und jedem seiner Glieder das wahre Wesen des Vaterlandes erkennt.[4]) Die Liebe zum Vaterlande soll aber in besonderem Maße durch Veranstaltung von Nationalfesten genährt werden.[5])

---

[1]) vgl. ferner Robespierre, Observations sur le projet d'instruction publ. 1792 (Lapon.): „Le seul moyen d'atteindre ce but (le bonheur des individus et de la société entière), c'est l'accord de l'intérêt privé avec l'intérêt général; c'est la direction des passions du coeur humain vers les objets utiles à la prospérité publique." Ferner Lettre à ses commettants no. 1 (Lapon.).

[2]) Rousseau, Ec. polit.

[3]) Robespierre, Lettre à ses commettants no. 1 (Lapon.); Rapport du 17 pluviôse an II (Monit.).

[4]) Rousseau, Lettre à M. Pictet, Motiers 1 mars 1764; vgl. ferner: Lettre de Mme. Orbe à Julie, Nouv. Héloise, 6. Teil 5. Brief. Considérations sur le gouv. de Pologne.

[5]) Rousseau, Lettre à d'Alembert 1758 (S. 176): „Voulez-vous rendre un peuple actif et laborieux? Donnez-lui

Gerade dieser Gedanke, durch Nationalfeste in großem Stile die vaterländische Idee zu beleben und zu pflegen, fiel bei Robespierre auf fruchtbaren Boden. Er verwirklichte diese Idee bekanntlich am 20. Prairial, indem er zu Ehren des „höchsten Wesens" eine große Nationalfeier inszenierte. Die Rolle, die ihm bei diesem Feste zufiel, schmeichelte natürlich seiner Eitelkeit, und wenn Robespierre für jede Dekade ein Nationalfest plant[1]), so verfolgt er damit zum Teil auch rein persönliche Zwecke; wird doch durch derartige festliche Veranstaltungen seine Person in den Vordergrund gerückt. Aber das erzieherische Interesse, welches er an diesen Festen nimmt, überwiegt doch das persönliche Moment; sollen ja, wie er überzeugt ist, diese Veranstaltungen durch die Verherrlichung der republikanischen Prinzipien diesen zum Siege im Volke verhelfen und das Band, welches die Bürger an das gemeinsame Vaterland fesselt, fester knüpfen.

Entkleiden wir diese Feste, wie sie Rousseau und Robespierre im Interesse der Erziehung fordern, ihres glänzenden Gewandes, ihres zeremoniellen Gepräges, so erkennen wir doch die hohe nationale Bedeutung, welche ihnen zugrunde gelegt wurde. Rousseau ist es auch gewesen, der den Titel „citoyen" zu einem Ehrentitel erhob und den Stolz erweckte, ein französischer Bürger zu sein. Wie er schon im „Émile"[2])

---

des fêtes, offrez-lui des amusements qui lui fassent aimer son Etat et l'empêchent d'en envier un plus doux."

[1]) Robespierre, S. du 18 floréal an II: „Donnez à la réunion des hommes un grand motif moral et politique, et l'amour des choses honnêtes entrera avec le plaisir dans le cœur, car les hommes ne se voient pas sans plaisir. — — Ayez des fêtes générales et plus solennelles pour toute la république" (Moniteur). Über Namen der Feste s. Art. VII des Dekrets vom 18. Floréal 1794.

[2]) Rousseau, Émile I.

vor den Kosmopoliten warnt, so spricht er auch in seiner letzten politischen Abhandlung, in den „Betrachtungen über die Regierung Polens“ (1772), verächtlich von dem kosmopolitischen Europäertume, jener „pente générale en Europe de prendre les goûts et les mœurs des Français“, und er beklagt tief das Schwinden der nationalen Gegensätze und Eigentümlichkeiten, wenn er ausruft: „Il n'y a pas aujourd'hui de Français, d'Allemands, d'Espagnols, d'Anglais même, quoiqu'on dise; il n'y a que des Européens. Tous ont les mêmes goûts, les mêmes passions, les mêmes mœurs, parce qu'aucun n'a reçu de forme nationale par une institution particulière. Que leur importe à quel maître ils obéissent, de quel Etat ils suivent les lois? pourvu qu'ils trouvent de l'argent à voler et des femmes à corrompre, ils sont partout dans leurs pays.“ [1])

Es ist charakteristisch für die innere Entwickelung von Rousseaus Anschauungen, daß er in seinem letzten politischen Aufsatze zu dem Ergebnisse gelangt, der Staat müsse auf exklusiv nationaler Basis gegründet werden. Rousseau hat damit zu einem nicht geringen Teile den durch die französische Revolution entschiedenen Sieg des Nationalitätsprinzips vorbereitet, indem er seine Schüler, wie z. B. Robespierre, lehrte, das Vaterland unabhängig vom Auslande auf eigene Füße zu stellen. Indessen ist er nicht soweit gegangen, jegliche Beziehungen zu fremden Völkern abzubrechen, sondern als Verfechter der Humanitätsidee faßt er die Möglichkeit einer ethisch universellen Gemeinschaft[2]) ins

---

[1]) Considérations sur le gouv. de Pologne ch. III.

[2]) Rousseau, Extrait du projet de paix perpétuelle de M. l'abbé de Saint Pierre S. 14. (Amsterdam chez Marc Michel Rey 1761).

Auge und beseitigt die die Völker trennenden Schranken, indem er alle Menschen liebend umfängt: „La commisération naturelle, qui perdant de société à société presque toute la force qu'elle avait d'homme à homme, ne réside plus que dans quelques grandes âmes cosmopolites qui franchissent les barrières imaginaires qui séparent les peuples et qui, à l'exemple de l'Être souverain qui les a créées, embrassent tout le genre humain dans leur bienveillance.“ [1])

Robespierre wandelt auch hier in den Bahnen Rousseaus, indem er fordert, daß die Jugend im Geiste der Humanität erzogen wird. „Quelles sont les choses qu'il importe surtout d'apprendre aux citoyens? Ce sont les droits de l'humanité; ce sont les devoirs de chaque homme envers son semblable.“ [2]) Er hält die Pflege des humanen Gedankens von früh auf für notwendig, weil die Humanitätsidee einen friedlichen Ausgleich aller Völker ermögliche. Robespierre, Kosmopolit im Sinne Rousseaus, blickt über die Grenzen des engeren Vaterlandes hinaus; er betrachtet sich nicht nur als Erzieher des französischen Volkes, sondern vielmehr als Wohltäter der gesamten Menschheit, als Beglücker aller Menschen,[3]) die er als Brüder willkommen heißt.

---

[1]) Rousseau, Discours sur l'inégalité.

[2]) Robespierre, Sur le projet d'instruction publique (Lapon. III S. 189).

[3]) Robespierre, Rapport du 17. nov. 1793 (im Auftrage des Wohlfahrtsausschusses): „Oh, qui de nous ne sent pas à s'agrandir toutes ses facultés, qui de nous ne croit pas s'élever audessus de l'humanité même, en songeant que ce n'est pas pour un peuple que nous combattons, mais pour l'univers (Lapon. III S. 445). Robespierre, S. du 29 octobre 1792 (Monit.): „Consolez-vous, si imposant silence à toutes les viles passions, vous voulez assurer le bonheur de votre pays et préparer celui du monde“ und passim.

„Les hommes de tous les pays sont frères, et les différents peuples doivent s'entr'aider selon leur pouvoir, comme les citoyens du même Etat.“[1]) Diese Unterstützung muß stattfinden, wenn das Volk von „Aristokraten“, „Königen“, „Tyrannen“ unterdrückt wird. Diese sind nicht gewöhnliche Feinde, sondern Sklaven, die sich gegen den Souverän der Erde, d. h. das menschliche Geschlecht, und den Gesetzgeber des Weltalls, d. h. die Natur, erhoben haben.[2]) Kurz, die Erklärung der Menschenrechte gipfelt schließlich in der Forderung, den republikanischen Prinzipien gegebenenfalls mit Gewalt bei fremden Völkern Eingang zu verschaffen. Robespierre hofft also im Auslande durch energische Propaganda der Tat seine Maximen in die Praxis umsetzen zu können, ein Ziel, welches er dank seiner Reformpläne teilweise schon in Frankreich verwirklicht sieht; sagt er doch am 18. Floréal 1794: „Le peuple français semble avoir devancé de deux mille ans le reste de l'espèce humaine ; on serait tenté de le regarder au milieu d'elle comme une espèce différente: L'Europe est à genoux devant les ombres des tyrans que nous punissons. En Europe, un laboureur, un artisan sont des animaux dressés pour le plaisir d'un noble. En France, les nobles cherchent à se transformer en laboureurs et en artisans, et ne peuvent pas même obtenir cet honneur.“

Andere Völker auf die Kulturstufe Frankreichs zu heben und sie zu guten Republikanern zu erziehen, betrachtet darum Robespierre als vornehmste Aufgabe. Daher beschränkt sich auch seine Politik nicht auf Frankreich, wie Aulard[3]) an-

---

[1])[2]) Délaration des droits de l'homme (Lapon. Oeuvr. III S. 351).

[3]) Aulard, Histoire politique de la Rév. fr. S. 111: „Robespierre est pour une politique bornée, prudente, tout

nimmt, der ihn im Gegensatz zu den übrigen Parteiführern als Vertreter einer durchaus nationalen Politik darstellt und die Verkündung seiner propagandistischen Artikel vom 24. April 1793 lediglich als Akt politischer Klugheit ansieht, indem Robespierre damit vor allem die auswärtige Politik Dantons habe hemmen wollen.[1]) Robespierre hat im Gegenteile, ebenso wie die Mehrzahl der Girondisten, prinzipiell propagandistische Politik getrieben, nur daß seine internationale Politik praktisch von Opportunitätsbedenken dauernd durchkreuzt wurde. Er hat daher vor der am 20. April 1792 erfolgten Kriegserklärung gegen den Krieg gesprochen, gegen die „missionaires armés", aber nicht, weil er etwa eine Politik der Propaganda im Prinzipe verwarf, sondern da er erst die Besiegung der inneren Feinde für nötig erachtete, ehe man mit bewaffneter Hand in die Geschicke anderer Völker eingriffe. Am 18. Dezember 1791 äußerte er sich im Jakobinerklub in nicht mißzuverstehender Weise: „Je veux aussi la guerre, mais comme l'intérêt de la nation la demande: domptons nos ennemis intérieurs et ensuite marchons contre nos ennemis étrangers." Robespierre befand sich mit dieser Ansicht in Übereinstimmung mit den jakobinischen Grundsätzen. Zugleich taucht aber bei ihm zum ersten Male die Furcht vor einer Militärdespotie[2]) auf, welche

---

intérieure. La plupart des autres démocrates ont une politique plus hardie, plus large, à visées internationales."

[1]) Aulard, Hist. polit. S. 291, 292: „Robespierre fit semblant d'être plus propagandiste que Brissot lui-même. — Robespierre voulait dépasser les Girondins et contrarier la politique étrangère de Danton" (vgl. Dekret vom 13. April 1793: ‚La République française ne s'immiscerait pas en ancune manière dans le gouvernement des autres puissances").

[2]) Robespierre, S. du 2 janvier 1792 (Société des ‚Jacob.) (Lapon. Oeuvr. I S. 225).

ein siegreicher Krieg hervorbringen könnte. Als er dann aber mit dem Kriege als einem fait accompli zu rechnen hatte, sprach er niemals wieder gegen die „bewaffneten Missionare", und am 24. April 1793 hielt er die Zeit gekommen, in der Erklärung der Menschenrechte die Grundsätze seiner auswärtigen Politik zu verkünden. Wenn er dann am 19. Juni 1793 bei der endgültigen Festlegung der Verfassung gegen den vom Verfassungskomitee vorgeschlagenen Artikel 119[1]) keinen Widerspruch erhob und seine im April 1793 geäußerten Prinzipien verleugnete, so darf man mit Aulard nicht ohne weiteres darauf schließen, daß er überhaupt auf die Politik der Propaganda verzichtet hat. Robespierre hat vermutlich dem Drucke nachgeben müssen, der von Danton auf ihn ausgeübt wurde, und Robespierre konnte um so ruhiger nachgeben, als ja die Verfassung von 1793 nur als Notbehelf betrachtet wurde, um dem Bürgerkriege vorzubeugen. Jedenfalls nimmt Robespierre den propagandistischen Gedanken wieder auf, wenn er am 5. Dezember 1793 im Konvente[2]) ausruft: „Peuple généreux, nous jurons, par toi-même, que tu seras vengé: avant de nous faire la guerre, nous exterminerons tous nos ennemis, la maison d'Autriche périra plutôt que la France; Londres sera libre avant que Paris redevienne esclave; les destinées de la république et celles de la terre ont été pesées dans les balances éternelles: les tyrans ont été trouvés plus légers." — „Français, oublions nos querelles et marchons aux tyrans; domptez-les, vous

---

[1]) Artikel 119 der Verfassung von 1793: „Le peuple français ne s'immisce point dans le gouvernement des autres nations; il ne souffre pas que les autres nations s'immiscent dans le sien."

[2]) S. du 5 décembre 1793 à la Conv.: Rapport de Robespierre au nom du Comité de salut public (Lapon. III S. 508).

par vos armes, et nous par nos lois.“ Eine gleiche Bedeutung muß man Robespierres am 5. Februar 1794 geäußerten Worten beimessen: „Que la France devienne la terreur des oppresseurs (= Monarchen, Aristokraten), la consolation des opprimés.“

Wenn sich Robespierre später nach der Schlacht von Fleurus (26. Juni 1794) zu Unterhandlungen mit diesen „oppresseurs et assassins du peuple“, d. h. den europäischen Monarchen, die er als Feinde der Menschheit am 24. April 1793 gebrandmarkt hat, bereit erklärt, so liegt die Ursache dieser plötzlichen Friedensanwandlung nicht in der Änderung seiner propagandistischen Prinzipien begründet, sondern lediglich in der Befürchtung, ein siegreicher General könnte seine Machtstellung mit einem Schlage vernichten.[1]) Die Besorgnis also, durch eine Militärdespotie seine persönliche Macht einzubüßen, lähmt so wiederum, wie schon 1791, seine auswärtige Politik, so daß Robespierre am Ende seiner politischen Laufbahn weit entfernt ist, seine kosmopolitischen Träume verwirklicht zu sehen.

III. Konnte also Robespierres propagandistische Politik nur ein negatives Resultat zeitigen, weil sie eben beharrlich von Opportunitätsbedenken durchkreuzt wurde, so war doch zweifellos seine innere Politik, soweit es sich um die Verwirklichung seiner **religiös-politischen Ziele** handelte, von Erfolg gekrönt: Es gelang Robespierre, der sich auch auf religiösem Gebiete als Reformator fühlte, seine Reformpläne nach dieser Richtung hin zu verwirklichen., indem er wiederum in Rousseau seinen nachahmungswerten Meister fand.

---

[1]) Gleichzeitig im Innern Steigerung des Schreckensregiments durch Robespierre, um seine Gegner einzuschüchtern, nicht aber, wie Aulard meint, um die äußere Gefahr zu beschwören, welche nach der Schlacht von Fleurus faktisch beseitigt war.

Rousseaus Verhältnis zur Religion soll zunächst kurz charakterisiert werden.

Rousseaus Glaubensbekenntnis ist im „Émile“ dem savoyischen Vikar in den Mund gelegt und gipfelt in den drei Dogmen:

1. „Je crois qu'une volonté meut l'univers et anime la nature.“

2. „Si la matière me montre une volonté, la matière mue selon certaines lois me montre une intelligence, qui est Dieu.“

3. „L'homme est libre de ses actions et, comme tel, animé d'une subsistance immatérielle.“ (Émile IV.)

Auf diesen Fundamentalsätzen baut Rousseau seine Naturreligion auf, die jede positive Religion negiert und lediglich in der Erfüllung der sittlichen Pflichten, welche dem Menschen auferlegt sind, gipfelt. Fordert aber Rousseau als letzte Konsequenz seiner Lehre Aufgebung des Christentums zugunsten der nur an die Gebote der Sittlichkeit gebundenen Naturreligion? Er zieht nicht diese Folgerung: „Reprenez la religion de vos pères, suivez-la dans la sincérité de votre cœur et ne la quittez plus!“ so rät der Vikar seinem calvinistischen Zöglinge.

Die Duldung aller Religionen wäre damit von Rousseau ausgesprochen, wenn jeder die Religion seiner Väter ausüben darf. Aber schon im Glaubensbekenntnisse des savoyischen Vikars finden sich Andeutungen derart, daß dieses Prinzip der Toleranz nicht auf den äußeren Kult ausgedehnt werden soll. Der Kultus soll um der Ordnung willen gleichförmig sein, und der Staat soll den äußeren Kult regeln. Mehr als dies aber, soll der Staat selbst in das religiöse Leben seiner Untertanen eingreifen, indem er die Dogmen aufstellt,

zu denen sich jeder Bürger bekennen soll.[1]) Indes sind diese Glaubenssätze nicht identisch mit den christlichen Glaubensartikeln. Die christliche Religion ist nach Rousseau (Lettre de la Mont. I) nur dann in einem Staate gut, wenn sie nicht ein Grundgesetz desselben ausmacht, sondern einzig und allein als „Religion, Gefühl, Meinung, Glauben" angenommen wird. In dieser Beziehung sei die christliche Religion die beste für das gesamte Menschengeschlecht. Das Christentum als Staatsreligion sei schon deshalb unmöglich, weil es alle nationalen Bande zerreiße, indem es den einzelnen vom Irdischen und von seinen nationalen Aufgaben ablenke[2]) und ihn so dem Staate entfremde. Darum bedarf der Staat einer „bürgerlichen Religion", die im letzten Grunde auf eine Staatsreligion hinausläuft. Die Dogmen dieser „religion civile" sind doppelter Natur. Positiv enthalten sie den Glauben an eine allmächtige, allwissende und allgütige Gottheit, eine alles umfassende Vorsehung, das zukünftige Leben, die Belohnung der Gerechten und die Bestrafung der Übeltäter, die Heiligkeit des Gesellschaftsvertrages und der Gesetze, negativ nur den Grundsatz der Unduldsamkeit.[3])

Jeder darf diese Glaubenssätze annehmen oder verwerfen, aber der Ungläubige wird verbannt, nicht weil er gottlos ist („impie"), sondern als ein Mensch, der sich nicht der Gesell-

---

[1]) Rousseau, Lettre à Voltaire le 18 août 1756: „Je voudrais donc qu' on eût dans chaque Etat un code morale ou une espèce de profession civile qui contînt positivement les maximes sociales que chacun serait tenu d'admettre et negativement les maximes intolérantes qu' on serait tenu de rejeter, non comme impies, mais comme séditieuses. Ainsi toute religion qui pourrait s'accorder avec le code, serait admise; toute religion qui ne s'y accorderait pas serait proscrite, et chacun serait libre de n'avoir point d'autre que le code même."

[2]) Rousseau, Lettre à M. Usteri, Motiers le 15 juillet 1763.

[3]) Contrat social IV, 8.

schaft anpassen kann („insociable"). Wer sich aber trotz öffentlicher Anerkennung dieser Dogmen als Ketzer zeigt und sich gegen das Glaubensbekenntnis vergeht, verfällt dem Tode. Er hat das schwerste Verbrechen begangen; er hat vor den Gesetzen gelogen.

Dieser Kultus läßt also faktisch keine anderen Religionskulte bestehen, woraus man schließen könnte, Rousseau habe seine frühere Anschauung (Émile) völlig geändert und die religiöse Gewissensfreiheit dem Staatswohle geopfert.

Aber Rousseau lenkt ein: Er meint, in der Gegenwart könne es keine exklusive Staatsreligion geben; man müsse vielmehr unter den obwaltenden Verhältnissen alle religiösen Kulte dulden, sofern ihre Dogmen den staatsbürgerlichen Pflichten nicht widerstritten. Lediglich Äußerungen, die den Staatsfrieden ernstlich gefährden, wie etwa religiöse Verketzerung, sollen unterdrückt werden.

Rousseau wollte also mit seiner „religion civile" nur ein Idealbild einer Staatsreligion entwerfen, lediglich idealen Forderungen entsprechende Glaubenssätze aufstellen, ohne deren Verbindlich- und Rechtsgültigkeit für die Gegenwart zu beanspruchen. Gleichwohl konnte er nicht verhindern, daß seine ideale Vorstellung einer „religion civile" in manchen Köpfen Wurzel faßte und speziell Robespierres religiöse Anschauung maßgebend bestimmte.

Rousseaus Einfluß auf Robespierres religiöse Ansichten hat sich vermutlich schon frühzeitig geltend gemacht. Robespierre gibt selbst zu, schon als Schüler ein schlechter Katholik gewesen zu sein,[1]) ein Zeugnis, welches durch seinen Lehrer, den Abbé Proyart, Vizedirektor des Gymnasiums Louis-le-

[1]) S. du 21 novembre 1793 (Jakobinerklub — Aulard, „Société des Jacobins"): „J'ai été dès le collège un assez mauvais catholique."

Grand, vollauf bestätigt wird.[1]) Robespierre muß sich auch nach seiner Schulzeit mit den religiösen Prinzipien Rousseaus beschäftigt haben; denn sein am 26. März 1792 im Jakobinerklube abgelegtes Glaubensbekenntnis setzt Kenntnis der religiösen Probleme Rousseaus voraus.[2]) Wie der savoyische Vikar, verkündet Robespierre in dieser denkwürdigen Sitzung den Glauben an eine allmächtige und allgütige Gottheit als Grundprinzip seines Deismus: „Invoquer la Providence et émettre l'idée de l'Être éternel qui influe essentiellement sur les destins des nations, qui a créé la nature et l'humanité, et qui me paraît à moi veiller d'une manière toute particulière sur la révolution française, n'est point une idée trop hasardée, mais un sentiment de mon cœur, un sentiment qui m'est nécessaire à moi. Seul avec mon âme, comment aurais-je pu suffire à des luttes qui sont audessus de la force humaine, si je n'avais point élevé mon âme à Dieu?" Die Idee eines schöpferischen Geistes, eines allmächtigen Wesens, welches über den Geschicken der Menschen als oberster Richter ihrer Handlungen waltet, wird von Robespierre dauernd in den Vordergrund

---

[1]) La vie et les crimes de Robespierre par M. Le Blond de Neuvéglise, colonel d'infanterie légère (l'abbé Proyart), Augsbourg 1795. „Aulard, Culte de la Raison et de l'Être suprême" S. 257.

[2]) Aulard (Les orateurs de la Législative et de la Convention II S. 363) führt aus: „Il n'est pas inadmissible que sous l'influence des réels déboires et des blessures d'amour propre dont il (Robesp.) fut contristé en 1789 et en 1790, son âme, naturellement mystique, ait cherché dans l'étude dévote du texte de Rousseau une consolation religieuse." Dazu ist zu bemerken, daß sich Robespierre wahrscheinlich schon vor 1789 und 1790 mit Rousseau beschäftigt hat, daß er also nicht erst infolge „verletzter Eigenliebe" in Rousseaus Schriften „religiösen Trost" gesucht hat.

gerückt; sie bildet z. B. auch das Leitmotiv seiner am 21. November 1793 im Jakobinerklube gehaltenen Rede[1]: „Le peuple est attaché au culte en lui-même, c'est à dire à l'idée d'une puissance incompréhensible, l'effroi du crime et le soutien de la vertu . . . Si le philosophe peut attacher sa moralité à d'autres bases, gardons-nous néanmoins de blesser cet instinct sacré et ce sentiment universel des peuples." Robespierre findet die göttliche Idee für das soziale Leben unersetzlich: „Quel est le génie qui puisse en un instant remplacer, par ses inventions, cette grande idée protectrice de l'ordre social et de toutes les vertus privées?"

Aus diesen Ideen heraus entwickelt Robespierre seinen Kultus des höchsten Wesens, indem er damit das religiöse Ideal Rousseaus, wie es sich im „Contrat social" (IV, 8) widerspiegelt, zu verwirklichen suchte. Ehe aber Robespierre seinen Kultus des höchsten Wesens zur Staatsreligion erheben konnte, mußte er zwei Schwierigkeiten zu überwinden suchen, welche seinen religiösen Reformplänen hemmend in den Weg traten.

In erster Linie wirkte seiner religiösen Politik der Katholizismus entgegen; denn die breite Volksmasse stand seinen Reformplänen gleichgültig oder völlig ablehnend gegenüber. Darum galt es für Robespierre zunächst, die religiösen Gefühle der Volksmenge zu schonen. Hieraus erklärt sich seine Rücksichtnahme auf den katholischen Klerus. Robes-

---

[1]) Robespierre, S. du 21 novembre 1793 (Jakobinerklub) (Lapon. Oeuvr. III, 475 ff.); vgl. ferner über Robespierres religiöse Äußerungen vor dem Kultus des höchsten Wesens u. a. Lettre à ses commettants 1793 no. 8: „Mon Dieu est celui qui créa tous les hommes pour l'égalité et pour le bonheur; c'est celui qui protège les opprimés et qui extermine les tyrans" (Lapon. Oeuvr. II, 324).

pierre war zwar der festen Überzeugung, daß die katholische Religion als „Priesterreligion", wie sich Rousseau im „Contrat social" (IV, 8) ausdrückt, keine Existenzberechtigung habe, und er verhehlt auch nicht seine prinzipielle Abneigung dem Klerus gegenüber; ruft er doch am 18. Floréal 1794 aus: „Qu'y a-t-il entre les prêtres et Dieu? Les prêtres sont à la morale ce que les charlatans à la médecine. Combien le Dieu de la nature est différent du Dieu des prêtres! Les prêtres ont créé Dieu à leur image. C'est vous qui avez dit aux rois: ‚Vous êtes les images de Dieu sur la terre, c'est de lui seul que vous tenez votre puissance.' Et les rois ont répondu: ‚Oui, vous êtes vraiment les envoyés de Dieu; unissons-nous pour partager les dépouilles et les adorations des mortels.' Le sceptre et l'encensoir ont conspiré pour déshonorer le ciel et pour usurper la terre." Aber obwohl er die intolerante Priesteranmaßung im Grunde seines Herzens verurteilt und die Priesterherrschaft als eine „Kette" empfindet, welche den Fortschritt der Humanität lähme,[1]) so sieht er doch ein, daß die Macht der Priester im Volke viel zu stark Wurzel geschlagen habe, als daß man sie mit einem Federstriche aus der Welt schaffen könne. Nur die Vernunft könne im Laufe der Zeit diese „unsichtbare Fessel", welche die Geister im Banne halte, sprengen.

Geleitet also von der Erkenntnis, daß der Priesterstand ein bedeutender Machtfaktor sei, mit dem der Politiker zu

---

[1]) Robespierre, Lettre à ses commettants no. 8 (Lapon. II S. 324) „Je n'aime plus qu'un autre le pouvoir des prêtres; c'est une chaîne de plus donnée à l'humanité; mais c'est une chaîne invisible attachée aux esprits et la raison seule peut la rompre. Le législateur peut aider la raison, mais il ne peut pas la suppléer. Il ne doit jamais rester en arrière; il doit encore moins la devancer trop vite."

rechnen habe, sucht Robespierre zunächst den Klerus durch die Zivilkonstitution an den Staat zu fesseln.[1]) Indes, wie seine Parteigänger alle, hatte er sich getäuscht, wenn er glaubte, durch die Zivilkonstitution den Priester für die neue Regierungsform zu gewinnen. Der Widerstand des Klerus, welchem die gläubige Masse des Volkes als Rückendeckung diente, zwang Robespierre zum Kampf gegen die widerspenstigen Priester, mochten sie nun den Verfassungseid verweigern oder unter dem Deckmantel ihrer Religion gegen die neue Regierung agitieren. Diese „prêtres refractaires" gelten laut Dekret vom 16. Frimaire 1793 als „Vaterlandsfeinde". Diesen oppositionellen Priestern galt daher auch Robespierres Drohung am 18. Floréal 1794: „Prêtres ambitieux, n'attendez pas que nous travaillions à rétablir votre empire."

Wenn Robespierre daher all die Priester, welche die neue Verfassung bekämpften,[2]) als Landesverräter behandelte, so hat er doch die katholischen Geistlichen, die der Verfassung treu waren,[3]) geschont, nicht etwa aus persönlichem Interesse, als ob er um die Gunst der Priester gebuhlt hätte, wie Michelet (L'histoire de la Révolution française II, 335.) darzustellen sich bemüht, sondern lediglich von politischen Motiven geleitet.[4]) Rein politischen Erwägungen folgte

[1]) Robespierre, S. du 31 mai, 26, 27 août 1790 (Monit.).

[2]) Robespierre, Lettre à André Dumont (27 octobre 1793): „Il faut punir les prêtres séditieux et inciviques, mais non proscrire le titre de prêtre en soi." (Hamel III, 213.)

[3]) Robespierre schonte den niederen Klerus, weil er in ihm zum Teil jakobinisch esinnte fand; vgl. S. du 26 frimaire 1793 (Jakobinerklub) (Aulard, Soc. d. Jacob.).

[4]) Nach Aulards Darstellung (Les orateurs de la Législative et de la Convention II S. 366, Culte de l'Être suprême ch. XXII) ist Robespierre Beschützer des katholischen Klerus, weil er seiner inneren Überzeugung nach Katholik geblieben ist: „Né

er auch, wenn er den katholischen Gottesdienst, an den die breite Volksmasse durch Tradition und Erziehung gebunden war, nicht durch brutale Gewalt ausrotten wollte. Indem er die Gläubigkeit der Massen in Betracht zog, sah er in der Unterdrückung dieses katholischen Kultus ein „Attentat auf das sittliche Gefühl des Volkes".[1]) Demgemäß betrachtet er es als Akt politischer Klugheit, Kultusfreiheit zu verkünden;[2]) daher billigte er das von Barère ausgehende Kultusdekret vom 16. Frimaire 1793, welches

catholique, il resta catholique dans la même mesure que Jean-Jacques Rousseau était resté calviniste." Aulard erbringt unter anderen Zeugnissen für die Begünstigung des Klerus durch Robespierre folgende Beweise: „Le 22 frimaire an II son principal grief fut que l'orateur du genre humain (Cloots) avait décidé l'évêque Gobel à se défroquer." — Wenn auch Robespierre in Gobel einen persönlichen Freund besaß, so hat er sich doch gegen Cloots vor allem deshalb gewandt, weil er in ihm seinen erbitterten Feind, den Hébertisten, sah, den er als verhaßten „Fremdling" und „Verschwörer" am 22. Frimaire aus dem Jakobinerklub ausstoßen ließ. Ferner führt Aulard an: „Robespierre fait rejeter (26 frim. 1793) une proposition tendant à rayer des Jacobins tous les prêtres en même temps que tous les nobles." Robespierre verwarf aber aus rein politischen Motiven den Ausschluß aller Priester aus dem Klub, nicht aber, um den Klerus und Adel zu begünstigen; denn er sagt: „Je n'estime pas plus l'individu prêtre que l'individu noble," und er schließt seine Rede mit den charakteristischen Worten: „Rappelez-vous es malheurs qui ont été la suite des mesures violentes qu'on avait prises à leur égard (Priester) dans certains pays et craignez de les voir se renouveler" (vgl. Aulard, Société des Jacobins, S. du 26 frim. 1793).

[1]) Robespierre, Lettre à ses commettants no. 8 (Lapon. II S. 324).

[2]) Robespierre, S. du 1 frimaire 1793 (Jakobinerklub — Aulard): „On a dénoncé les prêtres pour avoir dit la messe; ils la diront plus longtemps, si on les empêche de la dire. Celui qui veut les empêcher est plus fanatique que celui qui dit la messe."

völlige Glaubensfreiheit verhieß. Zugleich glaubte aber Robespierre gerade um diese Zeit (6. Dezember 1793) religiöse Gewissensfreiheit proklamieren zu müssen,[1]) weil er den von den auswärtigen Mächten erhobenen Vorwurf, die Jakobiner seien Feinde des Katholizismus, widerlegen wollte: „On a voulu faire croire au peuple que la Convention, que les Jacobins faisaient la guerre au culte: De là des malheurs sans nombre parmi la classe du peuple encore peu instruite, et dont on n'a pas assez respecté les préjugés et la faiblesse" (26 Frim. 1793 — Jakobinerklub).

Auf Robespierres Initiative ist es auch zurückzuführen, daß der Wohlfahrtsausschuß [2]) am 2. Nivôse 1794 gegen Léonard Bourdon Stellung nahm, der ein den Katholizismus verletzendes Theaterstück zur Aufführung bringen wollte.

Kurz, es weisen zahlreiche Momente darauf hin, daß Robespierre trotz seiner religiös-politischen Ziele die Gefühle der Volksmasse schonte, nicht weil er seiner inneren Überzeugung nach Katholik geblieben war, sondern weil er politischen Erwägungen folgte.

Wirkte so die dauernde Rücksichtnahme Robespierres auf die Gläubigkeit der Massen lähmend auf seine religiöse Politik ein, so nicht minder der offene Widerstand, den die Gebildeten Frankreichs seinen religiösen Bestrebungen entgegensetzten; denn die Vertreter der Intelligenz, erfüllt vom rationalistischen Geiste, waren entweder Atheisten, wie die Hébertisten, oder huldigten dem englischen Deismus, wie die Mehrzahl der Revolutionäre.

Diese Gegner, besonders die Atheisten, die Robespierre

---

[1]) Robespierre, Réponse de la Convention nationale aux manifestes des rois ligués.

[2]) vgl. Aulard, Recueil des actes du Comité de salut public Bd. 9 S. 582.

begreiflicherweise unter den „Aristokraten“ [1]) suchte, galt es zu vernichten. War doch Robespierre überzeugt, daß die göttliche Idee ein nicht zu ersetzender Faktor im sozialen Leben sei und der Atheismus für den Staat eine größere Gefahr bedeute als der Fanatismus.[2]) Darum verurteilt er die „Sekte der Encyclopädisten“ wie die Freidenker überhaupt und Anhänger einer materialistischen Weltauffassung. Sehr bezeichnend für seine Anschauung ist das Urteil, welches er über Helvetius fällt: „Helvétius était un intrigant, un misérable bel esprit, un être immoral, un des cruels persécuteurs de ce bon J.-J. Rousseau, le plus digne de nos hommages. Si Helvétius avait existé de nos jours, n'allez pas croire qu'il eût embrassé la cause de la liberté; il eût augmenté la foule des intrigants beaux-esprits qui désolent aujourd'hui la patrie.“ [3]) Rousseau dachte aber wesentlich anders über Helvetius und seine Werke. Er schrieb an Deleyre 1758, das Buch des Helvetius sei zwar gefährlich, aber sein Urheber sei ein ehrenwerter Mann, dessen Handlungen besser wären als seine Schriften. Für Robespierre dagegen ist Helvetius ein verachtungswertes Geschöpf, weil er in Widerspruch mit Rousseau steht und zu der Klasse der „géomètres“ und „académiciens“ gehört.

Robespierre fand mit diesen Anschauungen nicht den Beifall der öffentlichen Meinung. In dem Kampfe gegen das Freidenkertum nahm er eine fast isolierte Stellung ein. Nur ein verschwindend kleiner Teil der Jakobiner stand auf seiner

---

[1]) Robespierre, S. du 1 frimaire 1793 (Jakobinerklub, Aul.): „L'athéisme est aristocratique, l'idée d'un grand Être qui veille sur l'innocence ... est toute populaire.“

[2]) vgl. dazu Rousseau, Émile II.

[3]) Robespierre, S. du 5 décembre 1792 (Jakobinerklub—Aul.).

Seite; aber in dem Maße, wie sich Robespierre mehr und mehr von den Anschauungen Rousseaus durchdringen ließ, wuchs vermutlich auch die Zahl seiner Anhänger. Es bedurfte z. B. am 5. Dezember 1792 nur einer zündenden Ansprache Robespierres, um die Demolierung der Helvetiusbüste, welche im Jakobinerklub aufgestellt war, herbeizuführen. Die Folge war, daß die Presse, welche den Standpunkt der Freidenker vertrat, Robespierre mit Hohn und Spott überschüttete.[1]) Aber unbeirrt durch diese Angriffe, die seine Bestrebungen ins Lächerliche zogen, scheint Robespierre schon im Jahre 1792 den Gedanken erwogen zu haben, dem französischen Volke eine neue Religion zu geben; fühlten doch schon die Zeitgenossen, worauf Robespierre hinauswollte. Condorcet veröffentlichte am 9. November 1792 in der „Pariser Chronik" einen Artikel, worin er Robespierre als Chef einer Sekte hinstellt, ihn aber nicht für fähig hält, „Haupt einer Religion" zu werden.[2]) Robespierre, der von Condorcet seine geheimen Absichten erraten sah, hielt aber die Zeit noch nicht für gekommen, um mit seinem religiösen Programme an die Öffentlichkeit zu treten. Am 17. April 1793 ließ er durch einen vielleicht von ihm beeinflußten Abgeordneten, namens André Pomme, die Meinung der Konventsmitglieder

---

[1]) vgl. z. B. „Chronique de Paris"; sie hatte ein Porträt Robespierres veröffentlicht, welches ihn als Priester inmitten seiner Gläubigen zeigte.

[2]) „Chronique de Paris" du 9 novembre 1792, Condorcet: „Robespierre a tous les caractères non pas d'un chef de religion, mais d'un chef de secte. Il s'est fait une réputation d'austérité qui vise jusqu'à la sainteté. Il monte sur les bancs, il parle de Dieu et de Providence, il se dit l'ami des pauvres et des faibles, il se fait suivre par les femmes et les pauvres d'esprit; il reçoit gravement leurs adorations et leurs hommages. Robespierre est un prêtre, et ne sera jamais que cela."

sondieren. Dieser führte in seiner Rede folgendes aus: „Citoyens, les droits naturels ont été donnés à l'homme par l'Être suprême, source de toutes les vertus. Je demande donc que préalablement à toute déclaration la Convention, par le premier article, reconnaisse expressément l'existence de l'Être suprême." Doch dieser Antrag scheiterte, für Robespierre ein Zeichen, den Sturz der Girondisten abzuwarten. Aber auch die durch die Niederlage der Girondisten eingetretene Verschiebung der realen Machtverhältnisse zugunsten der Dantonisten brachte Robespierre seinem Ziele nicht näher. Die Dantonisten verwarfen als Realpolitiker seine religiöse Politik ebenso wie die Hébertisten, die unter Führung Héberts, Cloots' und Chaumettes seinen religiösen Prinzipien den Kultus der Vernunft am 20. Brumaire 1793 entgegensetzten. In der Bekämpfung der Hébertisten fand aber Robespierre einen unerwarteten Bundesgenossen in Danton, der, ohne es schließlich zu wollen, dem Gedanken Robespierres, ein Fest zu Ehren des höchsten Wesens zu feiern, am 6. Frimaire 1793 in folgenden Worten Ausdruck verlieh: „Le peuple aura des fêtes dans lesquelles il offrira de l'encens à l'Être suprême, au maître de la nature: car nous n'avons pas voulu anéantir la superstition pour établir le règne de l'athéisme." Danton, dessen eigene Parteigenossen seinen Antrag verwarfen, förderte auf diese Weise, bewußt oder unbewußt, die Pläne Robespierres, indem er seine Persönlichkeit in die Wagschale warf. So gelang es Robespierre, die Hébertisten als die Hauptwidersacher seiner religiös-politischen Pläne zu vernichten. Aber erst nachdem auch Danton, sein größter Rivale, auf dem Schafotte geendet hatte, steuerte er direkt auf sein Ziel los. Einen Tag nach der Hinrichtung Dantons, am 17. Germinal, ließ er durch seinen Vertrauten, Couthon, den Kultus des höchsten

Wesens ankündigen, um am 18. Floréal 1794 persönlich vor dem Konvente die Grundzüge seiner Staatsreligion zu entwickeln. Diese fordert von jedem Bürger den Glauben an ein höchstes Wesen und an die Unsterblichkeit der Seele.[1]) Diese Dogmen bilden den Mittelpunkt der bürgerlichen Religion Robespierres, und wie Rousseau stellt er sie an die Spitze seines politischen Glaubensbekenntnisses: „Le peuple français reconnaît l'existence de l'Être suprême et l'immortalité de l'âme" (Art. I des Dekrets vom 18. Floréal an II). Worin soll aber im einzelnen der Kultus des höchsten Wesens bestehen, und welche Gebote sollen für den Staatsbürger durch die Einführung dieser neuen Religion bindende Kraft erlangen? Robespierre fordert nach dieser Richtung hin, daß der Bürger die Tyrannei hassen, Verräter, d. h. im Sinne Robespierres seine persönlichen und politischen Feinde, bestrafen, die Unglücklichen unterstützen, die Bedrückten verteidigen, kurz, all die Gebote erfüllen soll, welche dem Menschen im Verkehr mit seinem Nächsten erwachsen.[2]) Ferner sollen Feste[3]) den Gottesdienst ersetzen, und gerade die Veranstaltung von Festen, welche dem höchsten Wesen, dem „menschlichen Geschlechte", der „Gerechtigkeit" usw., geweiht werden, soll die religiöse Idee dem Verständnisse des Menschen näher bringen. Tatsächlich ist

---

[1]) vgl. S. du 8 thermidor 1794: „Non, Chaumette, non, la mort n'est pas un sommeil éternel. La mort est le commencement de l'immortalité" (Monit.).

[2]) Dekret vom 18. Floréal an II, Art. II: „Le peuple français reconnaît que le culte digne de l'Être suprême est la pratique des devoirs de l'homme." Art. III: „Il met au premier rang de ces devoirs de détester la mauvaise foi et la tyrannie, de punir les tyrans . . . de faire aux autres tout le bien qu'on peut, et de n'être injuste envers personne."

[3]) Der Konvent verfügte laut Art. V des Dekrets die Einsetzung von 36 Festen.

nur eins dieser Feste, das Fest vom 20. Prairial, zustande gekommen.

Wollte aber Robespierre mit diesem Kultus des höchsten Wesens eine Staatsreligion schaffen, deren Dogmen für alle Bürger bindend sein sollten, oder ließ seine neue Religion andere Glaubensgemeinschaften bestehen? In dem Dekrete vom 18. Floréal scheint das Toleranzprinzip anerkannt zu sein. Im 11. Artikel dieses Dekrets findet sich nämlich die Bestimmung: „La liberté des cultes est maintenue, conformément au décret du 18 frimaire." Prüft man aber den 13. Artikel, so ergibt sich, daß jeder Kult, welcher die öffentliche Ordnung stört, unterdrückt werden muß. Da aber auf Grund des 12. Artikels dieses Dekrets jede Ansammlung von „Aristokraten" als gefährlich unterdrückt werden sollte, so war das Robespierre vielleicht erwünschte Ergebnis dieser Maßregel, daß seine Anhänger den Meßbesuch der Katholiken als „aristokratische Ansammlung" im Sinne des Dekrets auffaßten und darum unterdrückten.[1]) Diese Maßnahme wäre damit gleichbedeutend gewesen mit der Unterdrückung des katholischen Kultus überhaupt.

Daß Robespierre aber wirklich daran gedacht hat, den Katholizismus vom Erdboden zu vertilgen, selbst in dem Momente, wo er auf der Höhe seiner politischen Macht stand, ist nicht anzunehmen. Auch damals spielten für ihn noch politische Rücksichten mit, einmal Rücksichten auf seine Parteigenossen, die Jakobiner, die sich nicht in eine religiöse Sekte umwandeln lassen wollten, ferner Rücksichtnahme auf die katholische Volksmasse.

Als daher einer seiner treuesten Anhänger, Jullien, im Jakobinerklub am 26. Floréal 1794 eine Adresse vorschlug,

---

[1]) vgl. über die Folgen des Dekrets in der Provinz Aulard, Culte de la Raison et l'Être suprême S. 353.

welche die Ausstoßung aller derjenigen forderte, die sich nicht zum Kultus des höchsten Wesens bekannten, sprach Robespierre die für sein Verhalten anderen Religionsgemeinschaften gegenüber charakteristischen Worte: „Ce principe ne doit pas être adopté. Ce serait inspirer trop de frayeur à une multitude d'imbéciles ou d'hommes corrompus. Je ne suis pas d'avis qu'on les poursuive tous, mais seulement ceux qui conspirent contre la liberté. Je crois qu'il faut laisser cette vérité dans les écrits de Rousseau, et ne pas la mettre en pratique."

Robespierre verwertete also die Rousseausche Theorie nur insoweit, als sie den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. Hätte er im Jakobinerklub offen mit Verbannung aller Ketzer gedroht, so hätte er sich nicht nur unter den Jakobinern eine große Zahl persönlicher Gegner geschaffen, er hätte auch die katholisch gesinnte Bevölkerung zur Empörung getrieben. Dessen war Robespierre gewiß, und darum zog er nicht die letzte Konsequenz der Rousseauschen Theorie. Er brauchte auch nicht diese letzte Folgerung zu ziehen; denn er war ja überzeugt, durch die am 18. Floréal 1794 erfolgte feierliche Sanktionierung seines Kultus des höchsten Wesens als Staatsreligion sein letztes und höchstes Ziel erreicht zu haben: Erstens nämlich hoffte er, seine neue Religion werde eine sittliche Wiedergeburt des französischen Volkes bewirken. Zweitens glaubte er durch diesen Kultus den unpopulären Atheismus und Vernunftkult dauernd fernhalten zu können, ohne doch dem antijakobinischen katholischen Klerus die alte Machtstellung einzuräumen. Schließlich sah er in dieser Staatsreligion ein treffliches Mittel, seine Eitelkeit, seinen Ehrgeiz zu befriedigen, indem er als Oberpriester unter Entfaltung allen äußeren Glanzes wirken konnte. Man denke nur an das Fest vom 20. Prairial, wo ihm die schmeichel-

hafte Rolle zuteil wurde, das Fest als Oberpriester zu zelebrieren.

Aulard betont in seinem Werke „Le culte de la Raison et le culte de l'Être suprême", daß die nationale Gefahr für die Errichtung des Kultus des höchsten Wesens ausschlaggebend gewesen sei, und daß nach dem Schwinden der äußeren Gefahr auch dieser Nationalkult als unnütz und überflüssig erschienen und mit Robespierres Hinrichtung als abgetan betrachtet worden sei.[1])

Daß Robespierre im Kultus des höchsten Wesens tatsächlich ein Mittel gesehen hat, um der äußeren Gefahr vorzubeugen, erscheint zum mindesten zweifelhaft; denn das französische Volk mußte sich doch dieser neuen Religion gegenüber ablehnend[2]) verhalten, weil es entweder am katholischen Glauben festhielt oder einer materialistischen Weltanschauung huldigte. Ja, es war von Robespierre politisch unklug gehandelt, als er dem Volke in dem Momente, wo die äußere Gefahr drohte, eine neue Religion aufdrängte. Das, was Aulard als Mittel der nationalen Verteidigung rühmt, hätte

---

[1]) vgl. auch Aulard, Histoire politique de la Rév. française S. 367: „Le culte de l'Être suprême un expédient de défense nationale."

[2]) vgl. z. B. Protokollentwurf der Sitzung vom 9. Thermidor, verfaßt von Charles Duval. Demnach wurde Robespierre auch deshalb beseitigt, weil er einen religiösen Despotismus ausgeübt hatte: „On l'avait vu désespérant de ramener le peuple au fanatisme et au sacerdoce catholique, qui était le sien, lui substituer un culte et un sacerdoce nouveau et forcer ainsi une grande assemblée politique, un gouvernement libre et républicain, à s'écarter de la raison et des principes, qui défendent à tout bon gouvernement de se mêler jamais de matières religieuses, autrement que pour réprimer ou punir les abus, les troubles et les crimes qui peuvent en résulter." (vgl. Aulard, Le culte de l'Être suprême S. 363.)

also gerade die nationale Verteidigung lähmen können, indem es die Unzufriedenheit im Volke nährte. Wenn sich trotzdem die Franzosen gegen die ihnen aufgezwungene Religion nicht offen auflehnten, so lag vermutlich der Grund mit darin, daß sie, solange der äußere Feind die französische Grenze bedrohte und ihre Aufmerksamkeit voll in Anspruch nahm, gegen Robespierre und seine Neuerungen den Kampf nicht aufnehmen wollten. Als aber dann nach der Schlacht von Fleurus die äußere Gefahr geschwunden war, zögerten sie nicht mehr, gegen Robespierre und sein Werk den entscheidenden Schlag zu führen, um nunmehr den Frieden im Innern herzustellen: Der 9. Thermidor 1794 brachte nicht nur den Sturz Robespierres, er besiegelte auch das Schicksal seiner neuen Staatsreligion. — So besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Beseitigung der nationalen Gefahr und der Aufhebung des Kultus des höchsten Wesens, ein Zusammenhang, auf den Aulard mit Recht hinweist, wenn er ihn auch zum Teil anders motiviert.

Ziehen wir das Fazit aus den angestellten Betrachtungen über das Verhältnis Rousseaus zu Robespierre, so ergibt sich als Resultat, daß Robespierre von Rousseau durchaus in seinen Anschauungen bestimmt worden ist, ja daß Robespierre nur wenige Anschauungen entwickelt hat, die man als sein geistiges Produkt bezeichnen könnte. Robespierre steht dermaßen unter dem Banne der Rousseauschen Ideen, daß Taine nicht ganz mit Unrecht sagen kann: „Les idées de Robespierre ne sont que le décalque de J.-J. Rousseau.“ [1]) Aber man darf nicht so weit gehen wie Taine, Robespierre lediglich als blinden Dogmatiker hinzustellen, der nur den Gebilden seiner Theorie nachjagt, ohne auch nur im geringsten die Welt der Wirklichkeit in Betracht zu ziehen. Vielmehr

[1]) Taine, La Révolution III L. I ch. 3.

hat sich Robespierre, wie wir sahen, sehr oft als klugen Politiker erwiesen, der den praktischen Verhältnissen, die für Rousseau als reinen Theoretiker gar nicht in Frage kamen, Rechnung zu tragen wußte. Insofern kommt auch Aulard zu seinem Rechte; nur darf man nicht wie Aulard alle Handlungen Robespierres aus den realen Verhältnissen erklären wollen. Namentlich wird von Aulard das Moment der äußeren Gefahr zu sehr in den Vordergrund gerückt: Er überschätzt den Einfluß, den die äußere politische Lage Frankreichs auf Robespierres Handlungen ausgeübt hat.

Man wird Robespierre am besten gerecht, wenn man sagt: „Er war mehr Theoretiker als Praktiker." Daß die Theorie bei ihm überwog, läßt sich von einem Rationalisten der Aufklärung, der von der Allmacht einer vernünftigen Staatsform überzeugt ist, kaum anders erwarten. Das Überwiegen dieses rationalistischen Elementes gereichte aber Robespierres Politik zum Schaden; übersah er doch sehr oft die realen Bedürfnisse des französischen Volkes. Robespierre betrachtete nicht genügend die lebendigen, immer wechselnden Erscheinungen des Volkslebens, und diese Unterschätzung der wirklichen Volkskräfte mußte verhängnisvoll wirken, als er versuchte, sein Staatsideal in die Wirklichkeit umzusetzen, als er, wie Rousseau im „Contrat social", „ein Gebäude aus Holz, nicht aus Menschen" errichten wollte.[1])

[1]) Rousseau sagt im 5. Buche des „Émile" in Anknüpfung an den „Contrat social": „Je ne serais pas étonné qu'au milieu de tous nos raisonnements mon jeune homme ... me dît en m'interrompant: „On dirait que nous bâtissons notre édifice du bois, et non avec des hommes, tant nous alignons exactement chaque pièce à la règle!"

Spezialdruckerei für Dissertationen, Robert Noske, Borna-Leipzig.

Vita.

Der Verfasser, Richard Schatz, evang.-luth. Konfession, wurde geboren am 23. Februar 1882 in Dresden, besuchte nach Absolvierung der Elementarschule seit 25. April 1892 das Wettiner Gymnasium zu Dresden, welches er am 22. März 1901 mit dem Reifezeugnisse verließ, um sich an der Universität Leipzig dem Studium vornehmlich der romanischen Philologie und Geschichte zu widmen. Er blieb daselbst fünf Semester, um sich darauf ein Semester studienhalber nach Grenoble, Südfrankreich und Paris zu begeben. Am 5. Mai 1904 wurde er wieder an der Leipziger Universität immatrikuliert, wo er zur Zeit noch studiert.